

Warum kann das herrschende Geldsystem nicht erhalten bleiben?

Die Nachteile des herrschenden Geldsystems und die Vorteile des dienenden Geldsystems, wie es von der Grundrechtsschutz-Initiative als zinsfreies Buchgeldsystem empfohlen wird.

Eine fortzuführende Herleitung in einer Auseinandersetzung u.a. mit:

Ludwig Erhard	Seite 3
Karl Marx	Seite 6 – 15
Silvio Gesell	Seite 16 – 26
John Maynard Keynes	Seite 27 – 34
Menschenrechtserklärung	Seite 35 – 36
Rudolf Steiner	Seite 37 – 42
Bibel	Seite 43 – 45
Koran	Seite 46 – 49
Buddha	Seite 49
Petition zur Einführung eines Buchgeldsystems	Seite 50

Egal ob angloamerikanischer **Kapitalismus**, europäischer Sozialkapitalismus, grüner Kapitalismus oder Staatskapitalismus, das herrschende Geldsystem ist global charakterisiert durch den Zins. Wer Geld anlegt oder verleiht, erwartet einen Zinsertrag dafür, dass er Geld zur Verfügung stellt. Die Banken treten gewerblich als Vermittler auf, sie leihen sich Geld und verleihen es weiter. Da sie wie jedes Gewerbe Gewinn machen müssen, verleihen sie das Geld zu einem höheren Zins als sie es selbst geliehen haben, und so entsteht ein Geldmarkt, auf dem der Zins den Preis für das Geld darstellt.

Das klingt an sich selbstverständlich, da heute jeder Handel im Allgemeinen mit einem solchen Preisaufschlag funktioniert. **Das Problem ist nur, dass im sonstigen Handel das Geld den Preis für eine Transaktion bezeichnet, während im Geldhandel das Geld selbst zur Ware wird, für die der Zins den Preis darstellt!**

Während Waren im Preis veränderlich sind, zeichnen sich Maße im Gegensatz dazu durch Unveränderlichkeit aus. Das Geld aber soll im Kapitalismus Maß und Ware zugleich sein, was logisch unmöglich ist und einen permanenten Konflikt hervorruft.

Als Maß für den Preis entspricht das Geld einem Wort, mit dem sich die Menschen über einen Tausch- oder Transaktionswert verständigen können. Und wie ein Wort eine feste Bedeutung haben muss, damit die Verständigung gelingt, so muss das Geld als Preis einen bestimmten Wert haben, damit die Verständigung über den Preis funktioniert, und die Transaktion in Geld ausgedrückt und durchgeführt werden kann.

Der chinesische Gelehrte **Kung-fu-tse (Konfuzius, 551 – 479 v. Chr.)** wurde einmal gefragt: „Wenn ein Fürst euch beauftragen würde, sein Land für ihn zu verwalten, was würdet ihr zuerst tun?“ Darauf antwortete er: „Ich würde zuerst die Sprache in Ordnung bringen. Denn wenn die Sprache ungenau ist, stimmt das, was gesagt wird, nicht mit dem überein, was gemeint ist. Wenn aber das, was gesagt wird, nicht mit dem übereinstimmt, was gemeint ist, kann das, was getan werden soll, nicht ausgeführt werden.“ Wir müssen demnach den Begriff des Geldes klären, um die Finanzkrisen sicher lösen zu können.

Im heutigen Geldsystem soll das Geld als Maßeinheit für den Preis einen konstanten Wert haben, damit die Preise insoweit stabil sind, gleichzeitig aber soll sich das Geld als Ware im Wert verzinsen, somit verändern, weil die Geldhändler nur handeln, wenn sie mit ihrer Ware Gewinnchancen sehen.

Kein vernünftiger Mensch wird nun erwarten, dass zwei entgegengesetzte Ziele, wie es ein stabiler Geldwert und ein veränderlicher Geldwert nun einmal sind, gleichzeitig erreicht werden können. Also bleibt nur ein wechselndes Entweder-Oder. Entweder der Geldwert ist stabil, dann sind die Unternehmen und Konsumenten damit zufrieden und der Geldhandel unzufrieden, oder der Geldwert variiert, dann muss die Zentralbank über ihre Politik versuchen, den Geldhandel zu bremsen, damit die Preise sich nicht zu sehr durch den Geldwert verändern. **In diesem Dilemma bewegt sich der Kapitalismus, seit es ihn bzw. den Zins und die Geldhändler gibt**, und in diesem Dilemma wird er sich weiter bewegen, solange es ihn noch gibt.

1992 wurde in Artikel 88 des Grundgesetzes der BRD als Satz 2 aufgenommen, dass die Deutsche Bundesbank ihre Aufgaben auf die Europäische Zentralbank übertragen kann, die dem vorrangigen Ziel der Preisstabilität verpflichtet sei. Tatsächlich legt der EG-Vertrag fest, dass es das vorrangige Ziel des Eurosystems ist, Preisstabilität im gemeinsamen Euro-Währungsgebiet zu gewährleisten. Auch die 1957 gegründete Bundesbank hatte schon die primäre Aufgabe, die Währung zu sichern und für Preisstabilität zu sorgen. Hat das aber etwas genützt? Haben oder hatten wir je stabile Preise?

Ein Rückblick auf die Preisentwicklung der gängigsten Güter zeigt, dass die Preise im Schnitt langfristig gestiegen sind, dass die schleichende Inflation bzw. die Teuerung, und damit eine Wertminderung des Geldes zum Alltag gehört.

Wir alle kennen die regelmäßige Bekanntgabe der Inflationsrate als Indikator der Lebensbedingungen. Ob diese Bekanntgaben nun schöngefärbt sind wie die Arbeitslosenzahlen seit der Regierung Schröder, oder nicht, in einer Veröffentlichung zu ihrem 50-jährigen Jubiläum am 1.8.2007 schrieb die Deutsche Bundesbank, dass die D-Mark von 1948 – 1998 im Jahresdurchschnitt 2,8 % ihrer Kaufkraft verloren hat. Die DM hatte bei Einführung des Euro also nur noch einen Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes (24 %), und kein von den Geldhändlern angebotener Sparbuchzins hat diesen Kaufkraftverlust praktisch auch nur ausgeglichen. Der Euro hat nach Angaben der Europäischen Zentralbank von 1999 – 2007 durchschnittlich ebenfalls bereits 2,1 % jährlich an Kaufkraft verloren, und trotzdem loben die Währungshüter die stabilen Preise, weil sie sich ihr Zeugnis selbst ausstellen können, und die Situation ja schlimmer sein könnte.

Die inflationäre Preisentwicklung, die die Zentralbanken zu steuern suchen, ist eine Folge des Geldhandels und seiner Zinsen; sie ist sozusagen systembedingt und kann nur bei einer erbarmungslosen Sparpolitik in ihr Gegenteil, eine Deflation umschlagen. Eine Deflation, also eine Senkung des Preisniveaus, die zu einer relativen Wertsteigerung des Geldes führt, kann im Kapitalismus nur bei einer Reduzierung der Versorgung mit Geld zustande kommen, was gleichbedeutend ist mit einer Behinderung der wirtschaftlichen Entfaltung, die unweigerlich zu mehr Arbeitslosigkeit, und langfristig zu schlechterer Versorgung führt. Das aber sind Nachteile, die durch den Vorteil eines niedrigeren Preisniveaus für die Konsumenten nicht ausgeglichen werden, so dass eine inflationäre Preisentwicklung als das kleinere Übel langfristig lieber in Kauf genommen wird, soweit dies überhaupt steuerbar ist.

In einem zinsfreien Verrechnungssystem, wie es die Grundrechtsschutz-Initiative vorschlägt, gibt es kein Dilemma zwischen Sparen und Expandieren; es gibt weder Inflation noch Deflation. Die Geldmenge ist kein Thema mehr, und die Preise sind nicht mehr von einer Geldmenge abhängig, was bedeutet, dass nicht mehr das Geld über die Preise herrscht, sondern die Menschen die Preise bestimmen können, was dem Gebot zum Schutz der Menschenwürde entspricht.

Ludwig Erhard (1897 – 1977), der sich als Initiator einer sozialen Marktwirtschaft sah (Wfa, 1. Aufl., S. 108), musste 9 Jahre nach Erscheinen seines programmatischen Buches *Wohlstand für alle* (Wfa) als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zurücktreten, weil er selbst in der eigenen Partei, der CDU, wegen seiner Sparpolitik 1966 keinen ausreichenden Rückhalt mehr hatte.

Man muss Ludwig Erhard aus der Sicht der Menschenrechte jedoch hoch anrechnen, dass er im Unterschied zur Regierung im sowjetisch dominierten Ostdeutschland und im Unterschied zu den Politikern der SPD (Wfa, S. 109) die absolute Überlegenheit der Freiheit gegenüber allen Versuchen, das wirtschaftliche Geschehen vom Staat her planen, lenken und gängeln zu wollen, sowie die Unteilbarkeit der Freiheit erkannt hat. (Wfa, S. 332). Leider hat er die Rolle des Zinses nicht beachtet und konnte so nicht sehen, dass es der Zins ist, der bis heute einer Verwirklichung der Idee einer sozialen Marktwirtschaft im Wege steht.

Ludwig Erhard hat der Freiheit in Westdeutschland zum Durchbruch verhelfen können (Wfa, S. 176), solange die finanzielle Unterstützung durch die Siegermacht USA ohne feste Rückzahlungsverpflichtung und nicht ohne Eigennutz in Form der GARIOA-Mittel (1,62 Milliarden US-Dollar zwischen 1946 und 1950, lt. Wfa, S. 24) und der Marshallplan-Hilfe (1,5 Milliarden US-Dollar zwischen 1948 und 1954, zum Kurs von 0,3 USD = 1 DM)

den Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg in Gang gebracht hatte. Als es aber um die weitere Kapitalaufbringung ging, konnte Erhard nur das Sparen empfehlen. Weil er die inflationäre Wirkung einer (verzinslichen) Kreditaufnahme fürchtete, geriet er in die typische Widersprüchlichkeit des Kapitalismus, der auf der einen Seite eine konsumfreudige Bevölkerung benötigt (S. 233), die Ausstattung mit dem nötigen Geld aber auf der anderen Seite durch Zinsen erschwert, die zu inflationärer Preissteigerung führen und die Kaufkraft wieder reduzieren. Weil Ludwig Erhard der Geldtheorie zu wenig Beachtung geschenkt hat, konnte er mit Geld nur gut umgehen, solange er genug davon hatte. Sein Ziel, „Wohlstand für alle“, konnte er so nur teilweise erreichen.

Noch heute sind die Finanzminister in dem Dilemma zwischen Sparen auf der einen Seite, um Kreditschulden abzubauen bzw. Eigenkapital aufzubauen, und Kreditaufnahmen auf der anderen Seite, um die Expansion zu finanzieren. Die erste Koalition von CDU und SPD in der Geschichte Deutschlands löste Ludwig Erhards Sparpolitik durch Kreditaufnahmen ab, während 2009 die gleich lautende Regierungskoalition beschloss, nachdem sie sich selbst angesichts der weltweiten Finanzkrise in bislang nicht gekannter Höhe zur Staats-Verschuldung verpflichtet hatte, den späteren Generationen eine Schuldenbremse im Grundgesetz zu verordnen (Art. 109 Abs. 3: „Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen.“...).

Zur Rechtfertigung dieser Strangulierungs-Politik sagte der damalige **Finanzminister Steinbrück am 29.5.2009** vor dem Deutschen Bundestag: *„1969 beliefen sich die Zinszahlungen des Bundes auf 3,2 Prozent des Bundeshaushalts; im Jahre 2008 haben sich die Zinsausgaben auf 15 Prozent belaufen, Tendenz steigend. ... Wir stecken in einem Schraubstock der Verschuldung. Der steigende Schuldenstand und die steigende Zinslastquote verkarsten den Bundeshaushalt zusammen mit anderen Komponenten immer mehr. ... Wir haben ein Strukturproblem in unserem Bundeshaushalt. Vier Komponenten legen 80-85 Prozent des Bundeshaushaltes fest: die Schulden, die Zahlungen an die Rentenversicherung, die gesetzlichen Leistungen und die Betriebsausgaben des Bundes. In Wirklichkeit entscheiden Sie als Souverän des Landes frei nur noch über 15 Prozent des Bundeshaushaltes, mehr nicht. ... Wer künftig einen handlungsfähigen Staat will, wer die Gestaltungsfähigkeit der Politik und nachfolgender Parlamentariergenerationen erhöhen will, der muss dafür sorgen, dass Schuldenstand und Zinslast reduziert werden.“*

Der Finanzminister sah die Politik in einem Schraubstock der Zinslasten und suchte nach einer Möglichkeit, die Zinslasten zu reduzieren. Soweit konnten ihm wohl alle Bürger zustimmen. Der Weg jedoch, den die Regierung mit der „Schuldenbremse“ zur Reduzierung der Zinslast gewählt hat, zeigt, dass diese Regierung nicht wusste, was Geld eigentlich ist, wie es entsteht und was seine Aufgabe ist.

Es ist eine zinsbedingte Eigenart des Kapitalismus, dass man durch Kreditaufnahme stranguliert werden kann, weshalb die Kreditaufnahme auch als „Schulden machen“ bezeichnet wird. Diese Bezeichnung ist aber nur ein Hinweis darauf, dass Kapitalismus die Herrschaft des Geldes über den Menschen bedeutet, denn Verschuldung ist keineswegs eine notwendige Begleiterscheinung der Aufnahme von Kredit.

Dass Kreditaufnahme als Verschuldung angesehen wird, resultiert zum einen aus einem grundlegenden Missverständnis der Natur des Geldes, zum anderen aus der Tatsache, dass im Kapitalismus die Geldhändler Kreditnehmer tatsächlich wie Schuldner behandeln, die sich in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihnen befinden und Verträge über die Kreditaufnahme schließen müssen, aus denen sie bestimmte Rückzahlungen schulden, bei deren Nichterfüllung der Kredit gekündigt oder der Zins erhöht wird – so

widersinnig dieses repressive System auch ist, wie die Entstehung der aktuellen Finanzkrise erneut zeigt.

Die Erhöhung der Zinsen für laufende Immobilienkredite in den USA hat eine große Zahl von Hauskäufern, die mit günstigen Kreditzinsen geködert worden waren, in Zahlungsschwierigkeiten gebracht, weshalb ihnen die Kredite in großer Zahl gekündigt und die auf Kredit gebauten Häuser entzogen wurden. Aus der systembedingten Profitgier der einzelnen Geldhändler resultierte so in der Summe ein Überangebot an Immobilien auf dem Markt, das zu einem Preisverfall und zu einer Nichtrealisierbarkeit von Sicherheiten führte und die Geldhändler selbst in Schwierigkeiten wegen Kreditausfällen brachte. Da die Geldhändler sich für ihre Kreditvergaben bekanntlich selbst Geld leihen müssen, bestehen auch untereinander Abhängigkeiten, so dass die Schwierigkeiten eines Handelshauses sich auf andere übertragen und das ganze System Gefahr läuft, wie ein Kartenhaus zusammenzufallen, wenn ein großes Haus zahlungsunfähig wird und nicht sofort eine künstliche Geld-Beatmung erhält.

Trotz dieser aktuellen Erfahrung mit der Unzulänglichkeit des Zins- und Bankensystems, für die in der Öffentlichkeit gerne den Kreditnehmern die Schuld in die Schuhe geschoben wird mit der Begründung, dass sie mit einem eigenen Haus über ihren Verhältnissen gelebt hätten, unterwerfen sich die Regierungen weiter dem Zinssystem, anstatt die Ursache sämtlicher Finanzprobleme in eben diesem Zinssystem zu erkennen und sich deshalb für dessen Ablösung einzusetzen.

Die Reduktion der Zinslasten erfolgt ohne schädliche Nebenwirkungen am besten dadurch, dass man das Zins- und Bankensystem insgesamt überflüssig macht durch Einführung eines zinslosen Verrechnungssystems, wie es der Bundesregierung von der Grundrechtsschutz-Initiative bereits 2008 in Form einer Petition vorgeschlagen wurde.

Der deutsche Finanzminister zog es jedoch vor, das Land weiter den Gesetzen des Zinssystems zu unterwerfen, und sagte in seiner bereits genannten Rede vom 29.5.2009: *„Wir müssen auch den Finanzmärkten ein Signal geben, dass in Deutschland eine solide Haushaltspolitik betrieben wird. ...Wenn wir auf den Finanzmärkten Bonität, Ansehen und Ratings verlören und allein um einen Prozentpunkt heruntergestuft würden, hätten wir es mit zusätzlichen Zinsausgaben in Höhe von 7-8 Milliarden Euro zu tun.“*

Ein schlechteres Ansehen bedeutet also für einen Kreditnehmer eine höhere Zinsbelastung. In solcher Denkweise der Geldhändler, der sich Steinbrück hier anschloss, ist sein Argument für die Schuldenbremse zwar berechtigt, er vergaß dabei aber, dass zum einen Deutschland so nicht dem Schraubstock der Zinslasten entkommt, und dass er zum anderen gegen seinen Amtseid aus Art. 64 des Grundgesetzes verstieß, das Grundgesetz zu wahren und Gerechtigkeit gegen jeden zu üben, denn der Staat nimmt schon jetzt nicht genügend Geld in die Hand, um seinen derzeitigen Aufgaben gegenüber der Bevölkerung gerecht zu werden, und er wird seinen Aufgaben mit einer Schuldenbremse noch weniger gerecht werden können.

Die Ursache der Zinsbelastung darf nicht kurzsichtig in der Kreditaufnahme gesehen werden, denn die Kreditaufnahme ist ebenso eine Lebensnotwendigkeit gesunder Entfaltung, wie es das Vertrauen ist. Das Wort Kredit kommt von dem lateinischen Verb *credo*, das glauben und Vertrauen schenken bedeutet. Im Englischen bedeutet das Wort für Kredit (*credit*) auch gleichzeitig Vertrauen, was in diesem Sprachraum zu einem großzügigeren Umgang mit Krediten geführt hat, als das im deutschen Sprachraum der Fall ist, wo man Kredit überwiegend als Verschuldung versteht.

Die Ursache der Zinslast muss deshalb im Geldzinssystem selbst gesehen werden.

Karl Marx (1818 – 1883) hatte Jura, Philosophie und Geschichte studiert und 1848 *Das kommunistische Manifest* geschrieben, bevor er sich 1859 mit seiner Schrift *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* an die Erforschung des Wesens des Geldes machte; eine Arbeit, die er in seinem Hauptwerk *Das Kapital* fortsetzte, dessen II. und III. Band erst nach seinem Tod veröffentlicht wurden.

Angesichts der globalen Finanzkrise suchten heute viele vom Kapitalismus Enttäuschte wieder wirtschaftspolitische Orientierung bei Karl Marx, der damals alles gelesen hatte, was er zum Thema Geld finden konnte. Sein Hauptwerk ist Ausdruck seines Ringens um die Erkenntnis des Geldes. Dass er dieses Werk trotz eines Umfangs von 2200 Seiten unvollendet gelassen und mitten in einem Kapitel über die gesellschaftlichen Klassen abgebrochen hat, wie Herausgeber Friedrich Engels 1894 am Ende des III. Bandes vermerkte, zeigt schon, dass ihm eine Abrundung seiner Erkenntnis nicht gelungen ist. In der Meinung, die Geldproblematik damit zu vereinfachen, hat Karl Marx leider entscheidende Geldphänomene aus seiner Untersuchung ausgeklammert (wie z.B. das Kreditgeld, vgl. *Kritik*, S. 62) und deshalb die Widersprüche des Kapitalismus nicht lösen können, obwohl er sie gesehen hat.

Da sich jedoch kein anderer Ökonom so ausführlich mit dem Thema Geld befasst hat wie Marx, erscheint es für das Verständnis des Geldes angebracht, hier ausführlich auf seine Denkweise einzugehen.

Marx war fasziniert von dem Entdecker Columbus, dessen Brief aus Jamaica von 1503 er im I. Buch seines Hauptwerks in Kapitel 3 mit den Worten zitierte:

„Gold ist ein wunderbares Ding! Wer dasselbe besitzt, ist Herr von allem, was er wünscht. Durch Gold kann man sogar Seelen in das Paradies gelangen lassen.“

Im selben Kapitel schrieb Marx über das Gold als Geld: *„Die Ware, welche als Wertmaß und daher auch als Zirkulationsmittel funktioniert, ist Geld. Gold ist daher Geld.“*

Geld ist Marx zufolge also die Ware, die als Zirkulationsmittel funktioniert. Er ging in seiner ganzen Theorie davon aus, dass Geld primär eine Ware sei.

Bereits in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* hatte er im 2. Kapitel des 1. Abschnitts geschrieben: *„Die Hauptschwierigkeit in der Analyse des Geldes ist überwunden, sobald sein Ursprung aus der Ware selbst begriffen ist.“*

Genau das aber ist unmöglich, denn der Ursprung des Geldes liegt nicht in der Ware, sondern in der Recheneinheit, wie anhand seiner eigenen Ausführungen gezeigt werden wird.

Ein weiterer Irrtum von Marx bezüglich des Geldes kommt auf Seite 46 der *Kritik* zum Ausdruck, wo er schrieb:

„Da das Geld nicht Produkt der Reflexion oder der Verabredung ist, sondern instinktartig im Austauschprozeß gebildet wird, haben sehr verschiedene, mehr oder minder unpassende Waren abwechselnd die Funktion des Geldes verrichtet.“

Spätestens seit der Umstellung des Bargeldes auf den Euro am 1. Januar 2002 wissen alle davon Betroffenen, dass das Geld im Gegensatz zu der Behauptung von Karl Marx sehr wohl ein Produkt der Verabredung ist. Deshalb haben es die Menschen in der Hand, das Geld so zu gestalten, wie es dem Bedarf nicht nur einiger, sondern aller entspricht, um dadurch Wohlstand für alle zu verwirklichen.

Wenn Marx hier sagte, das Geld werde ‚instinktartig im Austauschprozess gebildet‘, dann steht das im Widerspruch zu seiner Auffassung, dass Geld eine Ware sein müsse, denn eine Ware wird nur durch Verabredung zu Geld. Es ist geradezu typisch für das Geld, dass es seine Eigenschaft als Zirkulationsmittel durch Verabredung erhält.

Marx fasste das Geld als Ware auf, obwohl er sich auch mit dem Geld als Rechengeld auseinandergesetzt hatte, so beispielsweise, wenn er auf Seite 72 der *Kritik* schrieb: *„Die Verwandlung der Ware in Rechengeld im Kopfe, auf dem Papier, in der Sprache, geht jedesmal vor sich, sobald irgendeine Art des Reichtums unter dem Gesichtspunkt des Tauschwerts fixiert wird. Zu dieser Verwandlung ist das Material des Geldes nötig, aber nur als vorgestelltes.“*

Auch diese Behauptung ist nicht richtig, denn zur Fixierung eines Tauschwerts ist kein vorgestelltes Geldmaterial nötig, sondern eine Recheneinheit, die keines Geldmaterials bedarf.

Dennoch sah Marx, dass es gleichgültig ist, ob das Rechengeld auch gemünzt ist, denn er schrieb nur wenige Zeilen später auf Seite 72: *„Für das Geld als Rechengeld ist es daher auch gleichgültig, ob oder ob nicht, sei es seine Maßeinheit selbst, seien es ihre Abschnitte, wirklich gemünzt sind. In England, zur Zeit Wilhelm des Eroberers, existierten 1 Pfd. St., damals 1 Pfund reines Silber, und der Schilling, 1/20 eines Pfundes, nur als Rechengeld, während der Penny, 1/240 Pfund Silber, die größte existierende Silbermünze war.“*

An einem konkreten Beispiel beschrieb Marx hier also Geld, das einen eigenen Namen hatte (z.B. Schilling) und zum Rechnen verwendet wurde, ohne dass es physisch als Zahlungsmittel existierte. Daraus hat er aber nicht geschlossen, dass das Geld generell keiner physischen Form bedarf.

Marx zitierte auf dieser Seite in einer Fußnote sogar den Griechen Anarchasis (6. Jh. v. Chr.), der auf die Frage, wozu die Hellenen das Geld brauchen, geantwortet hat: „zum Rechnen“.

Wenn das Rechnen aber der Zweck des Geldes ist, dann braucht das Geld keine materielle Form, es sei denn in dem Sinn, wie Kinder das Rechnen am besten mit greifbarem und zählbarem, z.B. Perlen-Material lernen, an dem sie die unterschiedlichen Größen erfahren können, bis sie auf materielle Hilfsmittel nicht mehr angewiesen sind und im Kopf rechnen können.

Es wird Zeit, dass wir unser Verständnis des Geldes aus einem solchen Hilfsmittelstadium weiterentwickeln, damit das Geldsystem dem wirklichen Bedarf angepasst werden kann. Kinder haben heute oft einen treffenderen Begriff vom Wesen des Geldes als die Erwachsenen. Letztere sehen das Geld als Hilfsmittel an, auf das sie angewiesen sind, wie man auf eine Krücke angewiesen sein kann, wenn man nicht auf eigenen Beinen zu stehen vermag. Die Absicht dieser Abhandlung ist es, zu vermitteln, wie wir uns von dieser Krücke befreien können, von der uns eingeredet wurde, dass wir sie zum Laufen benötigen. Wir benötigen kein materielles Geld!

Karl Marx, der als einflussreichster Theoretiker des Kommunismus gilt, hatte die Dialektik G.W.F. Hegels (1770 – 1831), als dessen Schüler er sich bekannt hatte, ab 1844 in ihr Gegenteil verkehrt und den dialektischen Materialismus begründet. Während in Hegels Denken ein zentraler Satz war: *„Das Geistige allein ist das Wirkliche“*, schrieb Marx 1873 in seinem Nachwort zur 2. Auflage von Band I des *Kapital*: *„Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß, den er sogar unter dem Namen Idee in ein selbständiges Subjekt verwandelt, der Demiurg des Wirklichen, das nur seine äußere Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle.“*

Marx stellte also seinen Materialismus gegen den Idealismus von Hegel, demzufolge die materielle Wirklichkeit ein äußeres Ergebnis von Denkvorgängen ist. Marx bedachte bei

seiner Umkehrung des Hegelschen Grundgedankens nicht, dass er ja selbst darum bemüht war, mit seinem Denken die materielle Wirklichkeit zu verändern, d.h. sein eigenes Denken mehr in das Materielle zu übersetzen als umgekehrt das Materielle in sein Denken zu übersetzen. Ja, es wäre sogar wünschenswert gewesen, dass Marx das Materielle vollständiger (wissenschaftlicher) in sein Denken übersetzt hätte, anstatt durch unvollständiges Erfassen des Materiellen von falschen Voraussetzungen (Vorurteilen) für seinen Denkprozess auszugehen. Während nach Hegel der Logos ‚vor allem‘ und ‚in allem‘ ist, und in dieser Gemeinsamkeit die Einheit alles Getrennten liegt, so dass die Dialektik Hegels Gegensätze nach den Gesetzen der Logik überwinden kann, standen sich in der materialistischen Dialektik von Karl Marx ökonomische Interessen unversöhnlich gegenüber. Er hatte deshalb für den Klassenkampf keine andere Lösung als die Unterwerfung einer Klasse durch die andere.

In dem zinsfreien Buchgeld- bzw. Gutschriftensystem, wie es die Grundrechtsschutz-Initiative vorschlägt, gibt es keinen Klassenkampf mehr, der ja ein Kampf ums Geld ist, weil dieses neue Finanzsystem den Kapitalismus überwindet und für alle Menschen die Gleichberechtigung durch gleichen Zugang zum Geld praktisch verwirklicht. Die heute durch ihr finanzielles Vermögen getrennten Klassen werden mit dem neuen Geldsystem nicht durch Klassenkampf überwunden, sondern dadurch, dass die Ursache der Entstehung dieser Klassen aufgelöst wird.

Angesichts der heute verbreiteten Meinung, die Menschen würden dem Nichtstun verfallen, sobald sie es sich leisten könnten (eine Meinung, die immer nur in Bezug auf andere geäußert wird und somit eine Unterstellung ist), weise ich darauf hin, dass Karl Marx, der in seinem *Kommunistischen Manifest* noch „*Arbeitszwang für alle*“ gefordert hatte, auf Seite 591 von Band I des *Kapital* sagte: „*So wenig eine Gesellschaft aufhören kann zu konsumieren, so wenig kann sie aufhören zu produzieren.*“ Damit ist gesagt, dass Arbeit selbstverständlich zum Leben gehört. Doch wie das Leben sich von innen heraus ‚entwickelt‘ (wie auch das Wort schon sagt) und nicht erzwungen werden kann, so muss sich auch die Arbeit von innen heraus entwickeln können und darf nicht erzwungen werden, wenn die nach Art. 2 des Grundgesetzes der BRD geschützte Selbstentfaltung des Lebens nicht behindert werden soll.

Karl Marx, der im Vorwort seiner *Kritik der politischen Ökonomie* schrieb: „*Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt*“, war durch diese materialistische Grundeinstellung nicht bereit, sich von der materiellen Geldform zu lösen und hat so das jenseits der materiellen Form liegende Wesen des Geldes nicht erkannt, obwohl er es gesehen hat. Eine Haltung, die so in Vorurteilen verharret, ist unwissenschaftlich, weil sie sich die Möglichkeit objektiver Erkenntnis verbaut. Die Bereitschaft zur Objektivität ist die Grundvoraussetzung jeder Wissenschaft und mit Scheuklappen unvereinbar.

Zweifellos hat das Sein einen Einfluss auf das Bewusstsein, das Bewusstsein entscheidet jedoch über die Wahrnehmung und Beeinflussung des Seins, weshalb es nicht zutrifft, dass das Sein das Bewusstsein bestimmt. Marx selbst ist ein Beispiel dafür, wie sehr sogar ein widersprüchliches Bewusstsein das Sein zu bestimmen vermag. Es fehlt somit auch diesem zentralen Satz des Marxschen Denkgebäudes an Logik.

Auf Seite 78 f seiner ‚Kritik‘ zitierte Marx den britischen Ökonomen Sir James Steuart (1712 – 1780) als Vertreter der idealen Maßeinheit des Geldes, der sagte: „*Rechengeld ist nichts als ein willkürlicher Maßstab von gleichen Teilen, erfunden, um den relativen Wert verkäuflicher Dinge zu messen. Rechengeld ist ganz verschieden von Münzgeld, welches Preis ist (reales Äquivalent), und es könnte existieren, obgleich es keine Substanz in der Welt gäbe, die ein proportionelles Äquivalent für alle Waren wäre.*“

Rechengeld verrichtet denselben Dienst für den Wert der Dinge wie Grade, Minuten, Sekunden usw. für Winkel oder Maßstäbe für geographische Karten usw. In allen diesen Erfindungen wird immer dieselbe Denomination als Einheit angenommen. Wie die Nützlichkeit aller solcher Vorrichtungen einfach beschränkt ist auf die Anzeige von Proportionen, so die der Geldeinheit. ... Ist die Einheit einmal gegeben, so kann man durch Multiplikation zum größten Wert aufsteigen. Da der Wert der Waren abhängt von einem allgemeinen Zusammenfluß auf sie einwirkender Umstände und von den Grillen der Menschen, sollte ihr Wert nur als in ihrer wechselseitigen Beziehung wechselnd betrachtet werden.

Was immer die Vergewisserung des Proportionswechsels vermittelt eines allgemeinen bestimmten und unveränderlichen Maßstabs stört und verwirrt, muß schädlich auf den Handel einwirken. Geld ist ein nur idealer Maßstab von gleichen Teilen. Wenn gefragt wird, was die Maßeinheit des Werts eines Teiles sein solle, antworte ich durch die andere Frage: was ist die Normalgröße eines Grads, einer Minute, einer Sekunde? Sie besitzen keine, aber sobald ein Teil bestimmt ist, muß der Natur eines Maßstabs gemäß der ganze Rest verhältnismäßig nachfolgen.“

Steuart gab hier eine treffende Beschreibung vom Wesen des Geldes als Rechengeld. Marx konnte dies jedoch nicht gelten lassen und meinte, Steuart vorwerfen zu müssen, er verstehe „die Verwandlung des Maßes der Werte in Maßstab der Preise nicht“, von der Marx auf Seite 71 geschrieben hatte: „Der Preis einer Ware oder das Goldquantum, worin sie ideell verwandelt ist, drückt sich jetzt also aus in den Geldnamen des Geldmaßstabs. ... Die eigentümliche Form, die die Waren ihrem Tauschwert geben, ist verwandelt in Geldnamen, worin sie einander sagen, was sie wert sind. Das Geld seinerseits wird zum Rechengeld“.

Tatsächlich wird das Geld nie zum Rechengeld, da es immer schon primär Rechengeld ist, das jede geeignete Form annehmen kann, sobald es dafür eine Notwendigkeit gibt.

Marx warf Steuart im Grunde nichts anderes vor, als dass er sein Rechengeld nicht an ein Goldquantum gebunden hatte, was aber eine unsinnige Forderung darstellt. Rechengeld ist immer wertgedeckt, weil es gar keine eigenständige Existenz hat wie das Warengeld. Wo es nichts zu rechnen gibt, da ist auch kein (Rechen-) Geld, wo es aber etwas zu rechnen gibt, da ist auch das benötigte (Rechen-) Geld. So einfach ist das. Das Rechengeld erscheint immer nur als Begleiter einer gesellschaftlichen Produktion und ist deshalb immer durch diese Produktion gedeckt. Anders gesagt: Weil sich der Bedarf an Geld nach der gesellschaftlichen Produktion richtet, muss sich die Geldmenge ebenfalls nach der gesellschaftlichen Produktion richten, damit die Versorgung der Bevölkerung mit Geld einerseits und die Deckung des Geldes andererseits optimal sind. Diese Ausrichtung der Geldmenge erfolgt am besten durch eine direkte Koppelung von Geld und Produktion, wie sie in einem zinsfreien Verrechnungssystem automatisch gegeben ist, im herrschenden Warengeldsystem aber eine unerfüllbare Forderung bleibt.

Lediglich beim direkten Tauschgeschäft konnte Marx das Steuartsche Rechengeld bestätigen. So schrieb er auf Seite 171 von Band I des *Kapital* (Ausgabe 1968): „Nehmen wir den Zirkulationsprozess in einer Form, worin er sich als bloßer Warenaustausch darstellt. Dies ist stets der Fall, wenn beide Warenbesitzer Waren voneinander kaufen und die Bilanz ihrer wechselseitigen Geldforderungen sich am Zahltag ausgleicht. Das Geld dient hier als Rechengeld, um die Werte der Waren in ihren Preisen auszudrücken, tritt aber nicht den Waren selbst dinglich gegenüber.“

Im direkten Austausch gleichwertiger Waren (z.B. eine Menge Äpfel gegen eine Menge Birnen) wird ihr Wert gegeneinander aufgewogen, ohne dass es des Geldes bedarf.

Marx wollte hier eigentlich solch einen ‚bloßen Warenaustausch‘ beschreiben und sprach dann doch von wechselseitigen Geldforderungen, was eigentlich nicht zusammenpasst. Wenn ich für Äpfel Birnen haben möchte, brauche ich keinen Preis in Geld zu bestimmen. Wenn der Preis dennoch in Geld bestimmt wird, ohne dass in Geld gezahlt wird, dann dient das Geld als Recheneinheit, um den Tauschwert der Waren neutral vergleichbar und verrechenbar zu machen. Hier wird deutlich, dass das Geld für den Warentausch nicht zwingend erforderlich ist. Wenn es aber Verwendung findet, kommt primär seine Qualität als Recheneinheit zur Anwendung, weshalb gesagt werden kann, dass die Recheneinheit die primäre Natur des Geldes ist.

Die Grundrechtsschutz-Initiative hat mit ihrem Vorschlag, das herrschende Geldsystem auf Staatsebene durch ein zinsfreies Buchgeldsystem abzulösen, ein Rechengeldsystem empfohlen, das dem hier von Marx beschriebenen Warenaustausch mit Hilfe von Rechengeld entspricht. Es verzichtet auf Bargeld und Warengeld mit seinen negativen Begleiterscheinungen, über die man heute meist hinwegsieht in der Meinung, es gäbe dazu keine Alternative.

Die negativen Begleiterscheinungen des Warengeldes waren auch Marx bewusst, und dennoch stellte er das Geld als Ware nicht in Frage. Er schrieb aus seinem Londoner Exil auf Seite 74 der *Kritik der politischen Ökonomie*:

„Von der Regierung Edwards III. bis zur Zeit von Georg II. verläuft sich die Geschichte des englischen Geldwesens in eine fortlaufende Reihe von Störungen, hervorgerufen aus der Kollision zwischen der gesetzlichen Festsetzung des Wertverhältnisses von Gold und Silber und ihren wirklichen Wertschwankungen. Bald war Gold zu hoch geschätzt, bald Silber. Das zu niedrig geschätzte Metall wurde der Zirkulation entzogen, umgeschmolzen und exportiert. Das Wertverhältnis beider Metalle wurde dann wieder gesetzlich verändert, aber der neue Nominalwert trat bald mit dem wirklichen Wertverhältnis in denselben Konflikt wie der alte“.

Seine Schlussfolgerung aus diesen Störungen formulierte er wie folgt: *„Alle geschichtliche Erfahrung in diesem Gebiet reduziert sich einfach darauf, daß, wo gesetzlich zwei Waren die Funktion des Wertmaßes versehen, faktisch immer nur eine als solches den Platz behauptet“.*

Das Warengeld fließt eben immer dorthin, wo es am meisten Profit erwartet, und das kann nie zu einer bedarfsgerechten Versorgung führen. Wie Marx hier feststellte, resultiert die Krisenanfälligkeit aus der Kollision bzw. Widersprüchlichkeit zwischen der gesetzlichen Festsetzung und der Wirklichkeit. Eine Erkenntnis, die sich gut verallgemeinern lässt. Da sich die Wirklichkeit bei einem solchen Widerspruch auf Dauer immer gegen die gesetzliche Festsetzung durchsetzen wird, kann die Krisenanfälligkeit nur dadurch überwunden werden, dass die gesetzliche Festsetzung, soweit sie überhaupt erforderlich ist, mit der Wirklichkeit gekoppelt wird.

Marx beschrieb weitere negative Begleiterscheinungen des Warengeldes auf Seite I, 151 f: *„Die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel schließt einen unvermittelten Widerspruch ein. Soweit sich die Zahlungen ausgleichen, funktioniert es nur ideell als Rechengeld oder Maß der Werte. Soweit wirkliche Zahlungen zu verrichten, tritt es nicht als Zirkulationsmittel auf, als nur verschwindende und vermittelnde Form des Stoffwechsels, sondern als die individuelle Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit, selbständiges Dasein des Tauschwerts, absolute Ware. Dieser Widerspruch eskaliert in dem Moment der Produktions- und Handelskrisen, der Geldkrise heißt. Sie ereignet sich nur, wo die prozessierende Kette der Zahlungen und ein künstliches System ihrer Ausgleichung völlig entwickelt sind. Mit allgemeineren Störungen dieses Mechanismus, woher sie immer entspringen mögen, schlägt das Geld plötzlich und unvermittelt um aus*

der nur ideellen Gestalt des Rechengeldes in hartes Geld. Es wird unersetzlich durch profane Waren. ... Eben noch erklärte der Bürger in prosperitätstrunknem Aufklärungsdünkel das Geld für leeren Wahn. Nur die Ware ist Geld. Nur das Geld ist Ware! gell't's jetzt über den Weltmarkt. ... In der Krise wird der Gegensatz zwischen der Ware und ihrer Wertgestalt, dem Geld, bis zum absoluten Widerspruch gesteigert. Die Erscheinungsform des Geldes ist hier daher auch gleichgültig. Die Geldhungersnot bleibt dieselbe, ob in Gold oder Kreditgeld, Banknoten etwa, zu zahlen ist."

Trotz der hier von Marx aufgezeigten Ursache von Produktions- und Handelskrisen, die er richtig im Widerspruch zwischen Rechengeld und hartem Geld, also zwischen Rechnungseinheit und Waren-Geld (von ihm hier esoterisch definiert als „Inkarnation der gesellschaftlichen Arbeit“) sah, ist er nicht auf die Idee gekommen, dass die Geldkrisen und damit die Geldhungersnot durch die ausschließliche Verwendung von Rechengeld „als Zirkulationsmittel“ vermeidbar wären, weil er sich nicht vorstellen konnte, mit Rechengeld „wirkliche Zahlungen“ zu leisten.

Marx trieb den Materialismus so weit, nicht nur das Geld als Ware anzusehen, sondern in III, 118 auch noch zu sagen, dass die Arbeitskraft die Ware des Arbeiters sei, „*die Kapital wird sobald sie an den Kapitalisten verkauft ist.*“

Diese materialistische Qualifizierung der Menschen und ihrer Arbeitskraft brachte er auf Seite 877 desselben Bandes noch deutlicher zum Ausdruck, als er schrieb:

"Der Durchschnittspreis der Arbeit ist eine gegebne Größe, weil der Wert der Arbeitskraft, wie der jeder andern Ware, durch die zu ihrer Reproduktion notwendige Arbeitszeit bestimmt ist."

Der Mensch unterscheidet sich nach dieser Vorstellung nicht mehr wesentlich von einer Maschine, die Arbeitskraft reproduziert und deren Wert sich nach dieser Produktion bemisst. Eine solche Auffassung vom Wert der Arbeitskraft wurde und wird den arbeitenden Menschen in keiner Weise gerecht, wie überhaupt eine materialistische Einstellung dem Leben und seinen Erscheinungsformen nie voll gerecht werden kann.

Karl Marx erkannte auf Seite III, 372 sogar die positive Wirkung niedriger Zinsen auf die Prosperität und auf Seite III, 384 die Verbesserung der Chancengleichheit durch einen Zinssatz von Null. Er schrieb: „*Wäre der Zins = 0, so stände der industrielle Kapitalist, der Kapital aufgenommen hat, sich gleich mit dem, der mit eigenem Kapital arbeitet. Beide würden denselben Durchschnittsprofit einstecken, und als Kapital, ob geborgtes oder eigenes, wirkt das Kapital nur, soweit es Profit produziert. Die Bedingung der Rückzahlung würde hieran nichts ändern. Je mehr der Zinsfuß sich Null nähert, um so mehr ist geborgtes Kapital mit eigenem Kapital auf gleichen Fuß gestellt.*“

Mit anderen Worten: Nur bei einem Zinssatz von Null kann man von Chancengleichheit im Wettbewerb sprechen. Obwohl Marx hier also die positive Wirkung eines Zinssatzes, der gegen Null geht, herausstellte, konnte er nicht davon ablassen, den Zins als notwendig anzusehen, weil er sich von der Vorstellung des Geldes als Ware nicht lösen konnte.

Karl Marx blieb auch im III. Band seines Hauptwerkes dabei, das Geld als Ware anzusehen und betonte dies noch ausdrücklich auf Seite 363 bei der Unterscheidung von Geld und anderer Ware: „*Bei den übrigen Waren wird in der letzten Hand der Gebrauchswert konsumiert, und damit verschwindet die Substanz der Ware und mit ihr ihr Wert. Die Ware Kapital dagegen hat das Eigentümliche, daß durch die Konsumtion ihres Gebrauchswertes ihr Wert und ihr Gebrauchswert nicht nur erhalten, sondern vermehrt wird. Diesen Gebrauchswert des Geldes als Kapital veräußert der*

Geldkapitalist an den industriellen Kapitalisten für die Zeit, während deren er diesem die Verfügung über das verliehne Kapital abtritt. ... Der Geldkapitalist veräußert in der Tat einen Gebrauchswert, und dadurch wird das, was er weggibt, als Ware weggegeben. Und insoweit ist die Analogie mit der Ware als solcher vollständig."

Während normale Waren durch den Gebrauch in ihrer Substanz verschwinden, wird die Geld-Ware durch den Gebrauch nicht nur erhalten, sondern vermehrt. Das hat Marx hier festgestellt, ohne es als einen Widerspruch zwischen Geld und Ware aufzufassen. Vermehrung ist zwar ein natürlicher Vorgang, aber eben nicht die Selbstvermehrung von Waren. Um dennoch eine Analogie zwischen Ware und Geld zu konstruieren, hat Marx hier einfach behauptet, dass es der Gebrauchswert des Geldes sei, der die Eigenschaft einer Ware habe.

Trotz seiner vorausschauenden Kritik am Bankwesen betonte Marx auf Seite 621 erneut die Notwendigkeit, dass Geld sich als Ware darstellen muss: *„Bank und Kredit werden aber dadurch zugleich das kräftigste Mittel, die kapitalistische Produktion über ihre eigenen Schranken hinauszutreiben, und eins der wirksamsten Vehikel der Krisen und des Schwindels. Das Banksystem zeigt ferner durch die Substitution verschiedener Formen von zirkulierendem Kredit an Stelle des Geldes, dass das Geld in der Tat nichts anderes ist als ein besonderer Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit und ihrer Produkte, der aber als im Gegensatz zu der Basis der Privatproduktion stets in letzter Instanz als ein Ding, als besondere Ware neben andren Waren sich darstellen muss."*

Diese Behauptung von Marx, dass sich das Geld als Ware darstellen müsse, obwohl es nach seiner eigenen Auffassung nichts anderes ist als "Ausdruck des gesellschaftlichen Charakters der Arbeit", ist aus der Luft gegriffen, bzw. durch Vorurteile bedingt. Wegen seiner materialistischen Grundeinstellung hielt Marx nicht nur stur am Warencharakter des Geldes fest, sondern forderte, dass Kreditgeld ebenfalls durch Edelmetalle gedeckt sein müsse. Er schrieb auf Seite III, 620: *„Es muß aber nie vergessen werden, daß erstens das Geld – in der Form der edlen Metalle – die Unterlage bleibt, wovon das Kreditwesen der Natur der Sache nach nie loskommen kann."*

Tatsächlich hat die Entwicklung des Geldes inzwischen aber gezeigt, dass Geld und Kredit sehr wohl von den edlen Metallen als Unterlage bzw. Deckung loskommen können, so dass sich Marx auch hier grundlegend geirrt hat.

Die Golddeckung wurde 1973 mit dem Ende des sogenannten Bretton-Woods-Systems aufgegeben, und die **Deutsche Bundesbank** schreibt in ihrer aktuellen Broschüre *Geld und Geldpolitik* zum Thema Gelddeckung auf Seite 21: *„In früheren Zeiten bestand für die Notenbank meist eine Verpflichtung, ihre Noten gegen Gold oder Silber einzutauschen. Deshalb mussten die ausgegebenen Noten häufig zu einem bestimmten Prozentsatz durch Gold ‚gedeckt‘ sein. Insofern war die Notenausgabe durch die vorhandenen Edelmetalle begrenzt. ... Inzwischen wissen wir, dass derartige Regelungen für die Werterhaltung des Geldes weder ausreichend noch erforderlich sind."*

Karl Marx, der meist alles andere als oberflächlich dachte, versäumte es, in der Wertschwankung des Geldes durch den Zins ein Problem zu sehen, obwohl diese Schwankung des Geldwertes die von ihm geforderte Deckung von Geld und Kredit durch Edelmetalle genau genommen unmöglich macht. Er schrieb stattdessen über den Zins auf Seite 381 von Band III:

„Ganz wie die Wertwechsel des Geldes es nicht hindern, allen Waren gegenüber gleichen Wert zu haben. Ganz wie die Marktpreise der Waren täglich schwanken, was sie nicht hindert, täglich in den Berichten notiert zu werden. Ganz so der Zinsfuß, der ebenso regelmäßig als 'Preis des Geldes' notiert wird. Es ist, weil hier das Kapital selbst

in Geldform als Ware angeboten wird; die Fixation seines Preises daher Fixierung seines Marktpreises wie bei allen andern Waren ist."

Marx bestätigte hier das zu Beginn dieser Abhandlung Gesagte, dass der Zins als Preis für das Geld entsteht, weil das Geld als Ware angeboten wird!

Nur wollte er darin nicht das Problem sehen, obwohl er wenige Seiten zuvor in einer Fußnote auf Seite 367 geschrieben hatte, dass die in der Sache selbst liegende Hauptkonfusion darin bestehe, *"dass Wert als solcher (der Zins) zum Gebrauchswert des Kapitals wird"*, mit anderen Worten: In der Gleichzeitigkeit von Wert und Gebrauchswert bzw. von Maß und Ware hatte auch Marx die Hauptschwierigkeit beim Thema Geld erkannt.

Er konnte diese Hauptkonfusion der Geldfrage aber nicht entwirren, weil er den Zins, den er treffend als notwendige Begleiterscheinung der Geld-Ware erkannte, nicht in Frage stellen wollte.

Geradezu verharmlosend klingt seine Definition des Zinses auf Seite III, 351:

"Der Teil des Profits, den er ihm zahlt, heißt Zins, was also nichts ist als ein besondrer Name, eine besondere Rubrik für einen Teil des Profits, den das fungierende Kapital, statt in die eigne Tasche zu stecken, an den Eigner des Kapitals wegzuzahlen hat."

Auch die Lektüre der Werke des Griechen **Aristoteles (384 - 322 v. Chr.)**, der das Zinsnehmen in Kapitel 10, Buch 1 seiner *Politik* als den naturwidrigsten Erwerbszweig bezeichnet hatte, konnte Marx nicht davon abbringen, Warengeld und das dazugehörige Zinssystem als eine Notwendigkeit anzusehen.

Im 4. Kapitel von Band I zitierte Marx Aristoteles auf Seite 179 mit den Worten: *"So ist der Wucher mit vollstem Recht verhasst, weil das Geld selbst hier die Quelle des Erwerbs und nicht dazu gebraucht wird, wozu es erfunden ward. Denn für den Warenaustausch entstand es, der Zins aber macht aus Geld mehr Geld. ...Der Zins ist Geld von Geld, so dass von allen Erwerbszweigen dieser der naturwidrigste ist."*

Da Marx nicht primär um logisches Denken bemüht war – ich erinnere an seine Umkehrung der Hegelschen Dialektik –, sondern letztlich um eine Argumentation, die seine Vorurteile bestärkt, konnte er nicht klüger sein als Aristoteles, der auf das Zinsnehmen lediglich schimpfte, ohne die Beseitigung der Ursache des Zinses zu fordern. Trotz seiner Kritik an den Zinsen bezeichnete sie Aristoteles als notwendig, wie das unsere Finanzpolitiker heute noch tun.

Karl Marx beschrieb die Auffassung des Aristoteles vom Geld auf Seite I, 167 mit folgenden Worten:

"Aristoteles stellt der Chrematistik (gewinnsüchtige Erwerbskunst, Anm. d. A.) die Ökonomik entgegen. Er geht von der Ökonomik aus. Soweit sie Erwerbskunst, beschränkt sie sich auf die Verschaffung der zum Leben notwendigen und für das Haus oder den Staat nützlichen Güter. „Der wahre Reichtum besteht aus solchen Gebrauchswerten, denn das zum guten Leben genügende Maß dieser Art von Besitz ist nicht unbegrenzt. Es gibt aber eine zweite Art der Erwerbskunst, die vorzugsweise und mit Recht Chrematistik heißt, infolge deren keine Grenze des Reichtums und Besitzes zu existieren scheint. Der Warenhandel gehört von Natur nicht zur Chrematistik, denn hier bezieht sich der Austausch nur auf das für sie selbst Nötige." Daher, entwickelt er weiter, war auch die ursprüngliche Form des Warenhandels der Tauschhandel, aber mit seiner Ausdehnung entstand notwendig das Geld. Mit der Erfindung des Geldes musste sich der Tauschhandel notwendig zum Warenhandel entwickeln, und dieser, im Widerspruch zu seiner ursprünglichen Tendenz, bildete sich zur Chrematistik aus, zur Kunst, Geld zu machen. Die Chrematistik nun unterscheidet sich von der Ökonomik dadurch, dass für sie die Zirkulation die Quelle des Reichtums ist. Und um das Geld

scheint sie sich zu drehen, denn das Geld ist der Anfang und das Ende dieser Art von Austausch. Daher ist auch der Reichtum, wie ihn die Chrematistik anstrebt, unbegrenzt. ... Die Ökonomik, nicht die Chrematistik, hat eine Grenze ... die erstere bezweckt ein vom Geld selbst Verschiedenes, die andere seine Vermehrung ... Die Verwechslung beider Formen, die ineinander überspielen, veranlaßt einige, die Erhaltung und Vermehrung des Geldes bis ins Unendliche als Endziel der Ökonomik zu betrachten."

Ich gehe davon aus, dass Marx mit dem Satz „Mit der Erfindung des Geldes musste sich der Tauschhandel notwendig zum Warenhandel entwickeln, und dieser bildete sich aus zur Kunst, Geld zu machen.“ die Gedanken des Aristoteles aus Buch 1 Kapitel 9 der *Politik* in eigenen Worten richtig wiedergegeben hat, denn diese Auffassung hat das irreführende Bild vom Geld bis heute geprägt.

Der genannte Satz macht im ersten Teil schon deshalb wenig Sinn, weil Aristoteles im Satz davor richtig gesagt hatte, dass der Tauschhandel die ursprüngliche Form des Warenhandels ist, so dass es widersprüchlich erscheint, wenn er dann sagt, dass der Tauschhandel sich zum Warenhandel entwickelt hat, denn der Tausch- ist Warenhandel.

Der Widerspruch bei Aristoteles lag auch darin, dass er behauptete, der Warenhandel habe sich notwendigerweise ausgebildet zur Kunst, Geld zu machen, obwohl er zuvor den Warenhandel sogar begrifflich von der Kunst, Geld zu machen, unterschieden hatte, bei der das Geld und nicht die Ware Anfang und Ende des Austausches ist.

Obwohl Aristoteles in seiner Zinsschelte richtig sagte, dass das Geld für den Warenaustausch entstanden ist, der Zins dagegen Geld aus Geld mache, behauptete er im zweiten Zitat, dass die ‚Kunst‘, aus Geld Geld zu machen, sich aus dem Warenhandel entwickelt habe. Diese Kunst ist jedoch keineswegs aus dem eigentlichen Warenhandel entstanden, sondern aus dem Geldhandel, der dadurch möglich wurde, dass man das Geld als eigenständige Ware, und nicht nur für den Warenaustausch verwendet hat.

Da die Entwicklung des Geldes zur Ware von Aristoteles als notwendig dargestellt wurde, und das Zinsnehmen aus der Handhabung des Geldes als Ware entstand, war seine Kritik des Wuchers nicht überzeugend, denn warum sollte man etwas kritisieren, das so selbstverständlich war, wie es das Zinsnehmen seiner Ansicht nach ist?

Aristoteles, hat also mit seinen Ausführungen über das Geld falsche Grundlagen für die Geldtheorie gelegt, die bis heute nachwirken.

Die Verkennung der primären Natur des Geldes als Recheneinheit hat damit tiefe Wurzeln, und sowohl Marx wie der von ihm zitierte Aristoteles haben erheblich zur Verwirrung über die Natur des Geldes beigetragen.

Ohne seine Vorurteile hätte Karl Marx die Menschen von den negativen Auswirkungen des Handels mit Geld, und damit aus der Zinsknechtschaft befreien können. Stattdessen hat er sie einer weiteren Diktatur unterworfen.

Das Ende des Kommunismus ist nicht zuletzt auf seinen Irrtum in Bezug auf die Natur des Geldes zurückzuführen, das er nicht für die Befreiung zu nutzen verstand.

Marx hat sich die Auffassung des Aristoteles angeeignet und ist im Endeffekt nicht darüber hinausgekommen. Er war im Alter von 6 Jahren vom Judentum zum Protestantismus konvertiert worden und zitierte auch **Martin Luther (1483 - 1546)**, der ähnlich wie Aristoteles gegen den Wucher nur wettete, so beispielsweise auf Seite 619/I mit dem Satz: *"Kleine Diebe liegen in Stöcken gefangen, grosse Diebe gehn in gold und seiden prangen ... Also ist auch kein grösser Menschenfeind auff Erden (nach dem Teuffel) denn ein Geitshals und Wucherer."*

Da Luther sich deftig auch über die Juden geäußert hat und mit seinen Äußerungen zu einem Wegbereiter der Judenverfolgung wurde (Im reifen Alter, 1543, entwickelte Luther in seiner Schrift *Von den Juden und ihren Lügen* in den Artikeln 298-310 einen 7-Punkte-Plan zur Judenverfolgung, der von den Nationalsozialisten ziemlich genau umgesetzt wurde), ergibt sich bei Marx, der selbst die Menschenrechte kritisierte, eine ziemlich üble Mischung, die beispielsweise im folgenden Zitat aus Seite I, 169 zum Ausdruck kommt: *„Ohne die Annahme der Warenform wird das Geld nicht Kapital. ... Der Kapitalist weiß, daß alle Waren, wie lumpig sie immer aussehen oder wie schlecht sie immer riechen, im Glauben und in der Wahrheit Geld, innerlich beschnittene Juden sind, und zudem wundertätige Mittel, um aus Geld mehr Geld zu machen.“*

Mit dem Zins beschäftigte sich Marx am ausführlichsten im III. Band seines Hauptwerks. So befindet sich dort auf Seite 408 u.a. die Berechnung des sog. Jakobspennings. Marx zitierte dazu Richard Price aus einer Schrift von 1772 mit den Worten: *„Geld, das Zinseszinsen trägt, wächst anfangs langsam; da aber die Rate des Wachstums sich fortwährend beschleunigt, wird sie nach einiger Zeit so rasch, dass sie jeder Einbildung spottet. Ein Penny, ausgeliehen bei der Geburt unseres Erlösers auf Zinseszinsen zu 5%, würde schon jetzt zu einer größeren Summe herangewachsen sein, als enthalten wäre in 150 Millionen Erden, alle von gediegenem Gold. Aber ausgelegt auf einfache Zinsen, würde er in derselben Zeit nur angewachsen sein auf 7.“*

Der britische Premierminister William Pitt (1759 – 1806) nahm die Zinseszins-Progression, auf welche Price aufmerksam gemacht hatte, für bare Münze und veranlasste die Einrichtung eines Tilgungsfonds, durch dessen Zinsertrag die Staatsschulden getilgt werden sollten. In einer Rede von 1792 sagte er laut Marx auf Seite III, 409: *„Dies Prinzip sei nun vollständig entwickelt und hinreichend erklärt in dem Werk Smiths (Adam Smith 1723 – 1790 Anm. d. A.), dieses Genies ... diese Akkumulation des Kapitals bewirke sich, indem man mindestens einen Teil des jährlichen Profits zurücklege, um die Hauptsumme zu vermehren, die in derselben Weise im nächsten Jahr zu verwenden sei, und so einen kontinuierlichen Profit gebe.“*

Karl Marx, der an der materialistischen Vorstellung gedeckten Warengeldes festhielt, stellte trotz des vorläufigen Erfolges von Pitt die Frage, wovon der Zinsertrag denn gezahlt werden solle, und schrieb, dass ein Zinsertrag von 5 % eine Profitrate von 10-15 % voraussetze, wobei er von seinem bereits zitierten Geldbegriff als Inkarnation gesellschaftlicher Arbeit ausging und auf Seite III, 411 vorrechnete, dass die Mehrarbeitszeit sich verzehnfachen müsste, um dieselbe Profitrate hervorzubringen, so dass die 24 Stunden des Tages dazu nicht hinreichen würden. Da die Zinserträge somit durch gesellschaftliche Arbeit nicht erwirtschaftet werden konnten, bedeutete die Einrichtung eines Tilgungsfonds in dem Geldverständnis von Karl Marx eine Akkumulation von Schulden, und er kommentierte die Aktion des Premierministers auf Seite III, 409 mit den Worten: *„Vermittelst des Dr. Price verwandelt Pitt so Smiths Akkumulationstheorie in die Bereicherung eines Volks durch Akkumulation von Schulden und kommt in den angenehmen Progreß ins Unendliche der Anleihen, Anleihen, um Anleihen zu zahlen.“*

Aus diesem Bericht ist zu ersehen, wie entscheidend die Auffassung vom Geld für die praktischen Maßnahmen der Haushaltspolitik ist. Deshalb erscheint es von zentraler Bedeutung, Irrtümer über das Wesen des Geldes schnellstmöglich aufzuklären.

Lassen wir also Karl Marx, bei dem zu sehen ist, wie nahe man an einer Erkenntnis dran sein kann, die dann aber durch Preisgabe des logischen Denkens zu Gunsten von Vorurteilen und Sonderinteressen verfehlt wird.

Der Wert des Geldes wurde lange Zeit durch Vorräte an Gold mehr oder weniger gedeckt, bis die Menge des benötigten Geldes die Menge des verfügbaren Goldes überschritten hat, weil der Geldbedarf der Wirtschaft ja überhaupt nichts zu tun hat mit der verfügbaren Menge an Gold, und eine expandierende Wirtschaft sich nicht durch die begrenzte Verfügbarkeit von Gold behindern lassen kann. Je mehr Gold man hat, umso mehr Geld hat man, ob man es braucht oder nicht. Je weniger Gold man aber hat, umso größer ist der unbefriedigte Geldbedarf. Das ist die Situation unter einem Goldstandard bzw. einem Gebot zur Golddeckung des Geldes. Die Forderung nach einer Golddeckung sollte die Bargeldmenge begrenzen, damit nicht beliebig viel Papiergeld gedruckt oder Münzgeld geprägt werden konnte ohne ausreichende Werthaltigkeit.

Der Geldbedarf der Wirtschaft ist heute aber so groß, dass es unsinnig wäre, angesichts der Finanzkrise zu einer Golddeckung zurückkehren zu wollen.

Zu dieser Golddeckung des Geldes schrieb der Begründer der sog. Freiwirtschaftslehre, **Silvio Gesell (1862 – 1930)**, der heute noch viele Anhänger in den Kreisen der Geldreformer hat, in seinem Buch *Die natürliche Wirtschaftsordnung* auf Seite 220 der 7. Auflage: „*Das einzige Mittel, um Gold für Geldzwecke zu beschaffen, besteht im Finden. Findet man Gold, so ist Geld da, findet man keins, so ist auch kein Geld da.*“

Dass mit Gold als Geld also keine ausreichende Versorgung der Wirtschaft mit Geld erfolgen konnte, war offensichtlich, und so trat Silvio Gesell für die Aufhebung der Golddeckung ein und für die Einführung von Papiergeld, auch weil sein Reformvorschlag nur mit Papiergeld in die Praxis umsetzbar war.

Dieser Vorschlag sah vor, dass auf dem Papiergeld Vermerke über die Wertminderung des jeweiligen Geldscheins angebracht werden konnten, mit denen er durchsetzen wollte, dass Geld nicht gespart wird, sondern wie die meisten Waren durch Lagerung an Wert verliert und so zum zügigen Ausgeben des Geldes motiviert, denn nur die Zirkulation, bzw. das Ausgeben des Geldes fördert die Wirtschaft.

In seinem Buch *Die neue Lehre vom Geld und Zins* schrieb Silvio Gesell 1911: „*Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, das allein kann sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren.*“

Schon 1891 stand in seiner ersten Schrift: *Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat*. „*Das Geld muss Vertreter der Ware sein. Und wenn die Ware rostet, so soll der Vertreter auch rosten. Der Wert der zu kreierenden Papiergeldnoten wird im Verlaufe des Jahres kontinuierlich abnehmen, und zwar im Verhältnis zu dem Verlust, den die Waren, zu deren Austausch das Geld bestimmt ist, im Durchschnitt alle Jahre durch den Einfluss der Zeit verlieren.*“

Gesell wollte also den Wert des Geldes an den Wert der Waren koppeln, das Geld zum einen also durch die Produktion statt durch Gold decken, es zum anderen aber auch an den Wertverlust der Waren anpassen. Während das Erstere ein sinnvolles Ziel ist, das auch von den heutigen Währungshütern prinzipiell angestrebt, und mit einem zinsfreien Rechengeldsystem sofort erreicht wird, ist eine systematische Wertminderung des Geldes zur vermeintlichen Anpassung des Geldwertes an den Warenwert schon deshalb nicht sinnvoll, weil es ja auch Waren gibt, die mit der Zeit in ihrem Wert steigen.

Da verschiedene Waren jedenfalls verschieden schnell veralten, das von Gesell vorgeschlagene Schwundgeld aber jeden Monat um den selben Prozentsatz an Wert

verliert, kann seine Forderung, dass der Vertreter der Ware ebenso schnell an Wert verlieren soll, wie die Ware selbst, durch das Schwundgeld nicht erfüllt werden.

Ausgehend von dem Begründer der Tauschbanken, Pierre Proudhon (1809 – 1865), der zur Herstellung einer Parität (bzw. Ebenbürtigkeit) zwischen Ware und Geld nicht das Geld an die Waren, sondern die Waren an das Geld anpassen wollte, schrieb Silvio Gesell 1916: *„Die Ebenbürtigkeit zwischen Waren und barem Geld lässt sich durch Warenbanken nicht erzielen. ... Wir können die Parität zwischen Waren und Geld herstellen, indem wir die Waren lassen wie sie sind, dagegen aber das Geld auf deren Rangstufe herabsetzen. Die Ware ist das Primäre, das Gegebene; das Geld ist das Sekundäre, das Kunstprodukt, das sich den Waren und ihren natürlichen Eigenschaften anzupassen hat. Sind diese Eigenschaften durchweg der Art, dass der Besitz von Waren mit Verlusten und Unkosten verbunden ist, so muss auch der Besitz des Geldes mit Unkosten verknüpft werden.“* (Sammelband 8, 319)

Die Forderung nach einer Parität zwischen Ware und Geld ist berechtigt, damit das Geld eine Wertdeckung durch die Ware erhält; diese Wertdeckung ist wie ein Grundrecht, das es zu verwirklichen gilt. Diese berechtigte Forderung bezieht sich aber nur auf die Ware, die gehandelt wird, nicht aber auf die Ware, die an ihrem Ziel, beim Käufer, angekommen ist, und damit gar keinen Warencharakter mehr hat. Was der Käufer mit der Ware tut, ob er sie konserviert, verbraucht, veredelt oder verfallen lässt, hat mit der Aufgabe des Geldes nichts mehr zu tun, da die Aufgabe des Geldes – auch bei Gesell – nur in der Förderung der Transaktion von einem Besitzer zum anderen besteht. Das Geld hat – soweit es überhaupt nötig ist – nur die Transaktion wertmäßig zu begleiten, und nicht die Ware bis in den Müllimer, oder womöglich noch darüber hinaus wertmäßig abzubilden.

Gesell stellte in dem Zitat treffend fest, dass die Ware das Primäre ist, und das Geld das Sekundäre sein sollte, das sich den Waren anzupassen hat. Die Parität zwischen beiden wird aber nicht erreicht, indem das Geld eigengesetzlich zu einer verderblichen Ware gemacht wird, sondern indem man ihm den Warencharakter überhaupt nimmt, und es auf seine ursprüngliche Funktion als Recheneinheit reduziert. Nur so kann die Forderung von Gesell und Proudhon nach Anpassung des Geldes an die Waren vollkommen erfüllt werden, denn nur als zinsfreie Recheneinheit hat das Geld immer den Wert der Ware, so lange sie tatsächlich Ware, also im Handel ist.

Die von Gesell angestrebte Umlaufsicherung durch gesetzlichen Wertverfall des Geldes konnte in kleinem Rahmen nur funktionieren, weil Menschen sich notgedrungen bemühen, dem Verfall des Geldes entgegenzuwirken. Dass diese Art der Umlaufsicherung aber auch mit zusätzlichem Stress für die Menschen verbunden ist, und sie deshalb aus dieser Art der Umlaufsicherung aussteigen werden, sobald sie es sich erlauben können, hat bei den Überlegungen Gesells keine Rolle gespielt, sondern nur der Wunsch, die akute Geldnot zu beheben, für die er zu Recht den Kapitalismus verantwortlich machte.

Silvio Gesell schrieb 1909: *„Es geht darum, die größte und ungeheuerlichste Absurdität, die man sich vorstellen kann, aus der Welt zu schaffen, es geht darum die Wirtschaftskrisen aus der Welt zu schaffen.“* (Sammelband 5, 245)

Und genau darum geht es 100 Jahre später, im Jahr 2009, noch immer!

Gesell erkannte einen systembedingten Widerspruch des Kapitalismus, als er z.B. 1903 in *Die Notwendigkeit einer Neubewaffnung der Emissionsbanken für den Kampf gegen*

Boom und Krise schrieb: „Das Geld dient heute als Spar- und Tauschmittel, also zwei völlig verschiedenen, vielfach sich kreuzenden und widersprechenden Zwecken. ... Das Geld soll also gleichzeitig laufen und ruhen, schlafen und arbeiten. Es soll gleichzeitig als Anker und Schraube, als Wagen und Sarg dienen. Aus dieser Doppelverwendung, diesen antagonistischen Zwecken entspringen alle Fehler des heutigen Geldwesens. Alle Widersprüche, Rätsel und Unklarheiten finden ihre Erklärung in dieser unnatürlichen Vereinigung von Tausch- und Sparmittel. Diese Doppelnatur des heutigen Geldes trägt ganz allein die Schuld, warum die Währungsfragen so überaus kompliziert erscheinen.“

Gesell hatte in dieser „Doppelnatur“ einen wesentlichen Widerspruch im Kapitalismus richtig erkannt, nicht aber dessen Ursache, die in der Verwendung des Geldes als Ware liegt, was zu dem grundlegenden Antagonismus von konstantem und veränderlichem Geldwert führt. Sein Vorschlag zur Lösung des erkannten Widerspruchs durch Schwundgeld konnte die Ursache deshalb auch nicht beheben, sondern ist als Versuch einer aufwendigen Symptom-Behandlung zu sehen.

Um dem kapitalistischen Antagonismus zu entkommen, schlug Silvio Gesell in seinem Hauptwerk *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld* vor:

„Wir müssen also das Geld als Ware verschlechtern, wenn wir es als Tauschmittel verbessern wollen. Da die Besitzer der Waren es mit dem Tausch stets eilig haben, so will es die Gerechtigkeit, dass auch die Besitzer des Tauschmittels es eilig haben sollen. Das Angebot steht unter unmittelbarem, eigengesetzlichem Zwang; so soll auch die Nachfrage unter gleichen Zwang gestellt werden. Das Angebot ist eine vom Willen der Warenbesitzer losgelöste Sache; so soll auch die Nachfrage eine vom Willen der Geldbesitzer befreite Sache sein. Wenn wir uns dazu verstehen können, die Vorrechte der Geldbesitzer zu beseitigen und die Nachfrage dem gleichen Zwang zu unterwerfen, dem das Angebot von Natur aus unterliegt, so lösen wir alle Widersprüche des herkömmlichen Geldwesens restlos auf und erreichen damit, dass die Nachfrage völlig unabhängig von allen politischen, wirtschaftlichen oder natürlichen Ereignissen ganz regelmäßig auf dem Markte erscheint.“ (Sammelband 11, 241)

Mit dem Satz „Wir müssen das Geld als Ware verschlechtern“ verband Silvio Gesell den Wertverfall der Ware Geld, um sie für das Sparen unattraktiv zu machen. Leider meinte er damit nicht, dass das Geld als Ware so sehr verschlechtert werden sollte, dass es als Ware untauglich wird. Er wollte sich nicht von dem Geld als Ware völlig lösen, damit es reines Tauschmittel hätte sein können, und darin liegt der entscheidende Fehler, weil ein Antagonismus nur überwunden wird, wenn man sich dauerhaft für eine der beiden Möglichkeiten entscheidet. In diesem Fall kommt ohnehin nur die Entscheidung für das Tauschmittel in Frage, eine Funktion, ohne die Geld nicht Geld sein könnte.

Mit dem Satz „Wenn wir uns dazu verstehen können, die Vorrechte der Geldbesitzer zu beseitigen und die Nachfrage (das Geld) dem gleichen Zwang zu unterwerfen, dem das Angebot (die Ware) von Natur aus unterliegt“ strebte Silvio Gesell zu Recht nach einer Deckung von Ware und Geld, nach einer Gleichberechtigung von Angebot und Nachfrage. Er bedachte nur nicht, dass man auf eine Gleichberechtigung unter Zwang eben auch gerne verzichtet.

Im selben Sammelband auf Seite 197 f schrieb Gesell: „Das Geld soll doch ‚ein Schlüssel und kein Riegel des Marktes‘ sein, es soll eine Straße und kein Schlagbaum sein; es soll den Austausch fördern, verbilligen, nicht hemmen und belasten. Und es ist doch klar, dass ein Geld nicht zugleich Tausch- und Sparmittel (besser: Wertaufbewahrungsmittel; d. Red.), Peitsche und Bremse sein kann. ... Das Angebot steht unter einem unmittelbaren, den Waren anhaftenden sachlichen Zwang; darum fordere ich einen

gleichen Zwang für die Nachfrage, damit bei den Verhandlungen um den Preis das Angebot nicht der Nachfrage gegenüber im Nachteil bleibe. ... Der stoffliche Umlaufzwang befreit den Geldumlauf von allen Hemmungen und versetzt die gesamte vom Staate ausgegebene Geldmasse in einen ununterbrochenen, gleichmäßigen, durch nichts zu störenden Umlauf und erzeugt dadurch eine ebenso regelmäßige, ununterbrochene Nachfrage.“

Das begrüßenswerte Ziel war also ein durch nichts zu störender Umlauf des Geldes. Dies sollte auch nach diesem Zitat erreicht werden durch eine Gleichstellung von Angebot und Nachfrage unter Zwang, ohne zu bedenken, dass man auf Zwang keine dauerhafte Lösung aufbauen kann.

Er wollte mit dem Schwundgeld auf die Nachfrage Zwang ausüben, Zwang zum Geldausgeben in einer Situation, in der die Menschen schon freiwillig nichts lieber getan hätten, als Geld auszugeben, wenn sie denn welches gehabt hätten.

Seine Vorgehensweise ist im Grunde nicht viel anders, als wenn eine Regierung die Abfallmenge reduzieren möchte und dazu die Abfallkörbe beseitigt; oder wenn sie Erwerbslose unter Druck setzt, anstatt für ausreichend Erwerbsmöglichkeiten zu sorgen.

Es braucht primär Möglichkeiten, bevor Zwangsmaßnahmen überhaupt Sinn machen könnten. Letztere erübrigen sich aber regelmäßig von selbst, wenn ausreichend Möglichkeiten zur freien Verfügung stehen.

Silvio Gesell wollte die gesamte Geldmasse des Landes zum Umlauf zwingen. Durch diesen Zwang würde es keinen Anlagezins mehr geben, und Kredite sollten deshalb praktisch zinsfrei – als Freigeld – verfügbar, und auch großzügig angeboten werden. Mit einem Zins nahe null wäre eine Verbesserung der Geldversorgung gegeben, wenn sonst nichts die Kreditgewährung erschweren würde.

Gesell hoffte, dass der Zwang als solcher nicht spürbar würde und rechtfertigte das 1902 wie folgt: *„Wenn das Geld unter Umlaufzwang stände, so wüsste jeder, dass eine Baisse nicht eintreten kann. Und weil niemand mehr eine Baisse zu befürchten hätte, würde auch jeder das Geld stets gerne anbieten. Der Zwang würde sich also als solcher niemals fühlbar machen. Das Interesse an dem Geldumlauf würde stets sich selber gleich sein und die Theorie, die in dem Interesse einen automatischen Regulator des Geldumlaufs erblickt, fände ihre volle Bestätigung.“* (Sammelband 3, 114)

Ein Interesse unter Zwang ist aber nicht gleichzusetzen mit einem Interesse ohne Zwang, und es ist nicht einzusehen, warum jemand sein Geld als Kredit vergeben sollte, wenn er daraus keinen Gewinn hat, sondern nur das Risiko, sein Geld evtl. nicht zurückzubekommen. Der Satz von Silvio Gesell „jeder würde das Geld stets gerne anbieten“, kann also nur auf den Konsum, nicht aber auf die Kreditvergabe bezogen werden. Insofern reicht der Umlaufzwang nicht aus, um eine bedarfsgerechte Versorgung mit Geld sicherzustellen.

Eine langfristige Strategie sollte nie auf Zwang aufgebaut werden, schon gar nicht, wenn das Ziel in mehr Freiheit besteht. Die Menschen lassen sich auf Dauer nicht zwingen, denn die Natur baut auf dem Prinzip der Entwicklung von innen heraus auf, und damit auf dem Prinzip der Freiwilligkeit, was für die Gestaltung einer friedlichen Gesellschaft beachtet werden muss und in den Grundrechten Berücksichtigung findet.

Eigentlich hatte Gesell in seiner ersten währungstheoretischen Schrift 1891 gesagt:

„Das Geld soll bei uns kein Despot sein, sondern einfach ein Vertreter der Ware, eine Verkehrserleichterung, ein Mittel, die Unbequemlichkeiten des Tauschhandels zu umgehen“. (Sammelband 1, 50)

Sein naheliegender Wunsch war es also, dass das Geld eine Verkehrserleichterung sei. Auch wusste er wohl, dass mit einer Verschlechterung der Horthbarkeit der Warencharakter des Geldes sich verschlechtert. Eine schlechte Ware aber ist nicht mehr handelbar, woraus folgt, dass mit der Verschlechterung des Geldes der Geldhandel zum Erliegen kommt.

Tatsächlich ging Silvio Gesell z.B. in seiner Schrift *Das Reichswährungsamt* 1920 von der Abschaffung aller Banken aus und wollte nur noch ein Amt zur Regulierung und Ausgabe des Freigeldes.

Er schrieb über dieses Amt: *„Das Reichswährungsamt betreibt keine Bankgeschäfte. Es tritt in keinerlei Beziehungen zu Einzelpersonen. Das Reichswährungsamt gibt Geld aus, wenn solches im Lande fehlt, und es zieht Geld ein, wenn im Lande sich ein Überschuss zeigt. Das ist alles.“* (Sammelband 11, 246 f)

Auch in seiner Schrift *Internationale Valuta-Assoziation* beschrieb Gesell 1920 die Aufgabe des Währungsamtes wie folgt: *„Das Währungsamt benutzt als Maßstab für die Bemessung des Geldbedarfs den vom statistischen Amt fortlaufend zu ermittelnden Durchschnittspreis der Waren. Das Währungsamt wird in Übereinstimmung mit der bereinigten Quantitätstheorie Geld einziehen, so oft und so lange die Warenpreise aufwärts streben, und umgekehrt Geld ausgeben, so oft und so lange die Warenpreise eine Neigung nach unten zeigen.“* (Sammelband 12, 173)

Das ‚Währungsamt‘ sollte also seiner Meinung nach die Geldmenge regulieren durch Ausgeben und Einziehen von Geld. Die Theorie jedoch, nach der die optimale Geldmenge erreicht werden sollte, durch Herausgeben bei sinkenden Preisen und Einziehen von Geld bei steigenden Preisen, hinkt immer der aktuellen Bedarfslage hinterher und bietet keine Gewähr für eine Bedarfsdeckung, zumal nicht gesagt ist, wie das Geld vom Währungsamt zu den Menschen kommen soll.

Heute beschränken sich die Notenbanken nicht auf das Herausgeben und Einziehen von Geld, sondern betreiben aktiv Bankgeschäfte im großen Stil. Über diese Geschäfte versuchen sie, den Markt, der angeblich frei sein soll, im Sinne ihrer Stabilitätskriterien zu beeinflussen, wobei sie sich ebenfalls am Preisniveau orientieren, den Geldbedarf aber offensichtlich ignorieren.

Silvio Gesell wollte das Reichswährungsamt nicht in der Hand des Staates. So schrieb er 1917 in *Proletarische Hoffnungen und Aktionen*: *„Das Freigeld bedarf einer Verwaltung. Wahrscheinlich würde sich nach dem sieghaften Durchbruch des Freigeldstreikes die Nationalbank nun bereit erklären, diese Verwaltung in die Hand zu nehmen, wenn auch nur um zu retten, was noch zu retten ist von den Vorrechten des Geldes. Diesem Versuch muss sich das Proletariat widersetzen. ... Darum darf das Proletariat die Verwaltung des Freigeldes unter keinen Umständen der Nationalbank übertragen. Am besten wird es sein, den unpolitischen Arbeiterorganisationen, den Gewerkschaften und Konsumvereinen die Verwaltung des Freigeldes zu übertragen.“* (http://www.silvio-gesell.de/html/ms_1917-18_3.html)

Ich zitiere dieses Manuskript, weil der Vorschlag der Grundrechtsschutz-Initiative für ein zinsfreies Buchgeldsystem ebenfalls ohne Banken auskommt und nur noch eine Verrechnungsstelle (evtl. mit Zweigstellen in jedem Bundesland) benötigt, die nicht in

staatlicher Hand sein darf, um einem Missbrauch der dort zusammenlaufenden Daten durch die Regierung vorzubeugen.

Da Silvio Gesell ohne Banken auskommen wollte, entfiel bei ihm die Möglichkeit einer Kreditvergabe über Banken. Da zudem das Währungsamt nach seinen Vorstellungen in keinerlei Beziehungen zu Einzelpersonen treten sollte, entfiel auch das Währungsamt für die Versorgung mit Kredit. Ohnehin wäre eine zentralisierte Kreditvergabe nie bedarfsgerecht. Gesell muss sich also vorgestellt haben, dass Kredit aufgrund des Umlaufzwangs genügend von privat und unentgeltlich gewährt würde, was nur als frommer Wunsch angesehen werden kann. Ein Umlaufzwang als Motivation reicht jedenfalls nicht aus, um in großem Stil den Verlust von Geld durch Kreditvergabe zu riskieren, so dass die Kreditvergabe, dieses wesentliche Element der Deckung des Geldbedarfs, bei Gesell praktisch ein ungelöstes Problem geblieben ist.

Dabei hatte er schon 1897 die zentrale Anforderung an die Geldpolitik mit folgenden Worten präzise beschrieben:

„Die einzige zweckmäßige Politik, welche der Staat in Währungsfragen befolgen kann, besteht in der Anpassung des Geldbestandes an die Geldbedürfnisse des Landes.“
(Sammelband 2, 93)

Wie diese zentrale Aufgabe der Geldpolitik gelöst werden sollte, hat Silvio Gesell aber nicht konkretisiert, und wir haben bis heute keine zufriedenstellende Anpassung des Geldbestandes an die Geldbedürfnisse des Landes, obwohl die Papierwährung, und sogar das elektronische Geld eingeführt wurden. Die Anpassung des Geldbestandes an die Geldbedürfnisse kann die Papierwährung nicht gewährleisten, selbst wenn sie als Schwundgeld praktisch zinsfrei zum Umlauf gezwungen wird.

Seine Vorstellung vom Soll-Zustand formulierte Silvio Gesell auch in einem Artikel von 1902 mit einem Satz wie folgt:

„Das Geld müsste so gestaltet sein, dass es stets und ohne Rücksicht angeboten wird.“
(Sammelband 3, 114)

Seine Anforderungen an das Geld waren auch in seiner Veröffentlichung von 1892 klar, als er schrieb: *„Aber die Hauptsache bleibt, dass das Geld vollkommen regelmäßig zirkuliere, dass es weder aus Spekulation noch aus Misstrauen dem Verkehr entzogen werden kann. Um dies zu erreichen, bleibt nichts anderes übrig, als das Geld unter denselben Druck zu stellen, den die Fäulnis und der Rost auf die Waren ausüben.“*
(Sammelband 1, 189)

Es stimmt sein Ziel einer optimalen Verfügbarkeit des Geldes, der vorgeschlagene Weg des Zwangs durch Geldentwertung jedoch kann nicht zu diesem Ziel führen.

Sein Wunsch, dass das Geld stets und ohne Rücksicht (d.h. Bedingungen) angeboten werde, wird durch das Schwundgeld nicht erfüllt, wohl aber kann das zinsfreie Rechengeld diesen Wunsch erfüllen.

Es gibt keine regelmäßigeren ‚Zirkulation‘ des Geldes, als wenn es ohne jeglichen Zwang als Rechengeld automatisch an die Waren bzw. an die gesellschaftliche Produktion gekoppelt wird – eine Möglichkeit, die heute durch die technische Entwicklung der Elektronik problemlos möglich ist, damals aber mit einem Gutschriftensystem in Papierform (Zahlungen per Verrechnungsscheck) nur in kleinem Rahmen realisierbar gewesen wäre.

Es ist nicht erforderlich, dass das Geld mehr zirkuliert als die Ware, die ja nur vom Verkäufer zum Käufer geht, um dort zu verbleiben. Es ist bereits optimal, wenn das Geld dem Verkehr nicht entzogen werden kann und sich analog bewegt wie die Ware.

Insofern hatte Silvio Gesell zwar die Anforderungen an das Geld klar erkannt, er hatte aber das Wesen des Geldes nicht deutlich genug unterschieden, und wir verdanken ihm deshalb hauptsächlich eine leidenschaftliche Anschuldigung des Kapitalismus und die Beschreibung eines Geld-Effekts, der erreicht werden sollte, der aber erst mit Einführung eines zinsfreien Buchgeldsystems erreicht werden wird, das er noch nicht erkannte.

Gesell hatte also die besten Absichten, denn der Verkehrserleichterung soll das Geld dienen. Sein Lösungsvorschlag wurde diesen Absichten aber nicht gerecht. Der Grund dafür lag in einer unvollständigen Erkenntnis von der Natur des Geldes.

Prof. Dr. Roland Geitmann, heute Vorsitzender des Vereins „Christen für gerechte Wirtschaftsordnung“, zitiert in seiner Broschüre *Damit Geld dient und nicht regiert* Silvio Gesell mit den Worten: „*Die Bestie Geld wollen wir zähmen. Wir drücken sie auf die Stufe der Ware hinab, und sofort wird aus der Bestie das wertvollste Haustier.*“

Darin liegt der große Irrtum von Silvio Gesell, dass er das Geld wie eine (verderbliche) Ware behandeln wollte, wo es gerade das Typische am Kapitalismus ist, das Geld als Ware zu behandeln, allerdings nicht als verderbliche, sondern als verzinsliche Ware. Auch verzinsliches Geld kann in Form von inflationärem Geldwertverlust zu einer verderblichen Geld-Ware führen. Sie ist praktisch zur Profiterzielung gezwungen, um nicht an Wert zu verlieren, wie dem Schwundgeld von Gesell regelmäßig Gebührenmarken aufgeklebt werden müssen, um seinen Wert zu erhalten. Auch diese Geld-Kosten müssen erwirtschaftet werden und stellen deshalb eine Art Zinslast dar.

Auf Seite 227 seiner *Natürlichen Wirtschaftsordnung* nannte Gesell das Gold den Vater des Kapitalismus und verkannte, dass diese Rolle dem Zins zukommt, von dem er auf derselben Seite schrieb: „*So kam mit dem Gold und der Arbeitsteilung zugleich der große Friedensstörer, der Zins, auf die Welt.*“ oder auf Seite 228: „*Christentum und Zins sind glatte Widersprüche.*“

Die ‚Bestie‘ ist nicht das Geld als solches, sondern der Zins, um in Gesells Sprache zu bleiben, und dieser ist ebenso wenig wie das Geld mit der Arbeitsteilung auf die Welt gekommen, sondern mit dem Geldhandel. Arbeitsteilung gibt es auch ohne Geld – nicht nur in Familien, sondern auch in Unternehmen gibt es Arbeitsteilung, ohne dass dazu Geld nötig wäre -, aber Zinsen gibt es erst durch den Handel mit Geld.

Insofern beruht der Hauptfehler auch im System von Silvio Gesell in der Verkennung der Ursache des Zinses.

In dem folgenden Zitat sieht er den Zins zutreffend als Begleiterscheinung: „*Die Produktivität des Kapitals hat mit den Zinsen gar nichts gemein, sondern diese sind nur eine Begleiterscheinung des heutigen Geldwesens.*“ (Sammelband 1, 208)

Kurt Keßler beispielsweise als Vertreter der Anhänger Silvio Gesells schrieb im Oktober 1983 in dem Organ der Freisozialen Union *Der Dritte Weg* auf Seite 6, die Wahrheit über den Zins lautet: „*Der Zins beruht auf der Hortbarkeit des Geldes.*“

Er bedachte dabei nicht, dass die Hortbarkeit des kapitalistischen Geldes wiederum auf seinem Warencharakter beruht, und dass der Zins erst daraus entsteht, dass das Geld zu einer handelbaren Ware gemacht wurde, die sowohl den Zins für die Hortung (Sparzins)

als auch den Zins für die Nichthortung (Kreditzins) ermöglicht. Da er weder den Zins für die Nichthortung, noch die gemeinsame Ursache der beiden Zinsarten erkannt hat, entspricht seine Aussage nicht, wie beabsichtigt, der Wahrheit über den Zins.

Auch wenn Silvio Gesell „den Zins in einem Meer von Kapital ersäufen“, bzw. auf Null drücken wollte, blieb er praktisch doch in der Waren-Denkweise des Kapitalismus, obwohl er sein Schwundgeld auch „antikapitalistisches Geld“ nannte, wie in seiner gleichnamigen Schrift von 1902, wo er sagte: *„Proudhon erkannte richtig, dass die Ablösung des Kapitalzustandes nur nach Herstellung völliger Ebenbürtigkeit zwischen Waren und Geld erreicht werden könnte. ... Er wollte die Waren auf die Rangstufe unseres heutigen, mit Tausend Privilegien ausgestatteten Geldes erheben. Aber an dem Charakter der Waren lässt sich schlechterdings nichts ändern. Die Lösung des Problems muss also in der gerade entgegengesetzten Richtung gesucht werden. Nicht durch die unmögliche Erhebung der Waren auf die Rangstufe unseres heutigen Geldes, sondern umgekehrt durch Herabsetzung des Geldes auf die Rangstufe von Arbeit und Ware soll die Ablösung des Kapitalzustandes angebahnt werden. Geld also, das weder Riegel des Warenaustausches noch Kapital an und für sich ist - antikapitalistisches Geld - als Tauschmittel von Arbeitsprodukten, die an und für sich auch nicht Kapital sind. Das wäre der Weg, der zur Ablösung des Kapitalzustandes führen könnte.“* (Sammelwerk Bd. 3, 59 und 64)

Dass die Forderung nach Ebenbürtigkeit zwischen Ware und Geld, bzw. zwischen gesellschaftlicher Produktion und Geld Sinn macht, wurde bereits gesagt. An diesem Zitat ist aber bemerkenswert, dass Gesell hier ausdrücklich ein Geld forderte, „das weder Riegel des Warenaustausches noch Kapital an und für sich ist“, womit er treffend das Rechengeld umschrieb, allerdings ohne es zu realisieren. Das zinsfreie Rechengeld ist kein Kapital an und für sich, weil es keine Eigenständigkeit hat, und es ist kein Riegel des Warenaustausches, sondern eine Verkehrserleichterung, wie sie Gesell gefordert hat.

Silvio Gesell ist dem Verständnis des Geldes als Rechengeld sehr nahe gekommen, wenn er in seiner *Natürlichen Wirtschaftsordnung* schrieb: *„Das Geld bedarf offenbar des Stoffes nur, um greif- und sichtbar zu sein, damit wir überhaupt sein Dasein feststellen und es übertragen können, nicht etwa weil wir etwas vom stofflichen Teil des Geldes erwarten. ... Beim Geld genügt es eben, dass man es zählen kann – der Rest ist immer lästiger Ballast. ... Beim Geld verlangt man keinen Geschmack, kein Gewicht, keinen Raum, nichts Körperliches, nichts für die unmittelbare Befriedigung eines persönlichen Bedürfnisses. ... Nicht seiner Farbe wegen hat man das Gold zu Geld gemacht, nicht seines Gewichts, seines Raumgehaltes, seines Kluges, seines Geruchs, seines Geschmacks, auch nicht seiner chemischen Verwandtschaften wegen. Das Gold rostet nicht, fault nicht, wächst nicht, zergeht nicht, kratzt, brennt und schneidet nicht; es ist leblos, das Urbild des Todes. ... Je unwirksamer die Eigenschaften eines Stoffes sind, umso wirksamere Vorzüge hat er als Geldmaterial. Das ist das ganze Geheimnis der Papierwährung.“* (Sammelband 11, 143)

Mit dem Satz „Bei Geld genügt es eben, dass man es zählen kann – der Rest ist immer lästiger Ballast“ hat Silvio Gesell das Geld als Rechengeld beschrieben und gesagt, dass man eigentlich kein anderes Geld bräuchte. Allerdings wurde ihm so noch nicht bewusst, weil die Entwicklung wohl zunächst das Papiergeld brauchte.

Auch 1919 beschrieb er in seiner Schrift *Die gesetzliche Sicherung der Kaufkraft des Geldes durch die absolute Währung* im Prinzip das Rechengeld, ohne es so zu benennen: *„Die absolute Währung muss man sich dynamisch, nicht statisch vorstellen.“*

Sie ist eine Tat, ein Verwaltungsprodukt, kein Stoff, keine Eigenschaft einer Materie. ... Die absolute Währung kreist, ohne an irgendeine konkrete Ware gebunden zu sein, frei wie die Erde um die Sonne um den Durchschnittspreis der Waren.“ (Sammelband 10, 261 und 264).

Gesell sagte hier deutlich, dass das ideale Geld ein unstoffliches Verwaltungsprodukt sei. Seine Papierwährung ist aber alles andere als unstofflich, so dass er eigentlich hätte wissen können, dass sein Schwundgeld nicht die absolute Währung seiner Träume sein konnte, sie stellte lediglich einen Fortschritt gegenüber einer Münzwährung oder goldgedeckten Währung dar.

Die „absolute Währung“ kann nur Rechengeld sein, eine Recheneinheit, die z.B. mit **REH** abkürzt werden könnte, so dass darin auch der Name des altägyptischen Sonnengottes Re mitklingt, denn nur als **Recheneinheit** kann das Geld für alle Menschen da sein, wie die Sonne das Leben für alle Menschen ermöglicht! Sobald sich die Menschen auf das gemeinsame Prinzip des Lebens verständigen, wie es in der Sonne zum Ausdruck kommt, werden alle großen gesellschaftlichen Konflikte überwunden sein.

Obwohl Silvio Gesell mit seinem Schwundgeld einen systematischen Geldwertverlust propagierte, schrieb er 1909: *„Es ist ungerecht, das Geld zu entwerten, weil dies den Schuldner auf Kosten des Gläubigers begünstigt. Es ist ebenso ungerecht, den Geldwert zu heben, weil dies den Gläubiger zum Schaden des Schuldners bevorzugt. Die Gerechtigkeit verlangt, dass der Wert des Geldes auf einem festen Stand erhalten werde.“ (Sammelband 5, 209)*

Damit widersprach Gesell seinem eigenen Schwundgeldvorschlag, so dass dieser Vorschlag mehr seinen Reformwillen zum Ausdruck bringt, als ein Ergebnis schlüssiger Überlegung zu sein. Es ist bedauerlich, dass er das Rechengeld nicht als Lösung gesehen hat, das die Forderung nach festem Geldwert problemlos erfüllt.

Das zinslose Rechengeld hätte weit mehr den Namen „Freigeld“ verdient, wenn es das nötig hätte, als das von Silvio Gesell vorgeschlagene Schwundgeld, das eine Geldentwertung darstellt wie die zinsbedingte Inflation. Die Inflation allerdings bezeichnete Gesell 1924 als „Verbrechen“ (Sammelband 15, 146) und wollte sie durch den Zwang zum Geldschwund ersetzen, was vordergründig nach einer Austreibung des Teufels mit Beelzebub aussieht und wenig Sinn macht, so lange nicht gesagt ist, wie und in welcher Menge ein solches Schwundgeld in den Verkehr gebracht werden soll, denn umlaufen kann nur, was zuvor in Verkehr gebracht wurde.

Dass das Schwundgeld eine Umlaufsicherung darstellt, davon kann man aufgrund der Verlustangst der Menschen ausgehen. Dass es aber – soweit es im großen Stil überhaupt praktikabel wäre – auf Staatsebene für alle zu einer besseren Verfügbarkeit von Geld führen würde als das verzinsliche Geld, das resultiert aus dieser Umlaufsicherung noch lange nicht.

In der kleinen Gemeinde Wörgl in Tirol wurde das Schwundgeld 1932 dennoch mit vorläufigem Erfolg bis zu seinem Verbot 1933 angewendet, indem in der Gemeinde Papierscheine mit der Bezeichnung ‚Bestätigter Arbeitswert‘ mit Nennwerten von 1, 5 und 10 Schillingen ausgegeben wurden, die sich um 1 % monatlich entwerteten, wenn der Besitzer am Anfang eines Monats nicht eine gesonderte Wertmarke auf seinen Papierschein aufklebte, die er kaufen musste. Das veranlasste die Besitzer solcher Scheine, dieses Schwundgeld so schnell wie möglich wieder auszugeben, um keine Werterhaltungsmarke aufkleben zu müssen. Durch diese Motivation zum Geldausgeben wurden Zahlungsschwierigkeiten behoben, und die Wirtschaft kam so gut in Schwung, dass manche euphorisch von einem ‚Wunder von Wörgl‘ sprachen.

Es wurde auch in vielen anderen Ländern versucht, die Idee Silvio Gesells in die Praxis umzusetzen, am beständigsten in der Schweiz, wo 1934 die WIR Wirtschaftsring Genossenschaft gegründet wurde. Inzwischen ist daraus allerdings die WIR-Bank geworden, die auf ihrer Internetseite mit dem Slogan wirbt: „Der Zins der bringt's“.

Im Rückblick auf ihre Geschichte schreibt diese Bank: *„In Anlehnung an die Freiwirtschaftstheorie wollte man der knappen Geldversorgung und dem gestörten Geldumlauf infolge Geldhortung begegnen. Nach der Freiwirtschaftstheorie sollte Geld zinsfrei sein. ... Die geldreformatorischen Ziele, v.a. die zinskritischen Hintergründe gemäß Freigeldtheorie, welche die WIR-Gründer anfangs verfolgten, wurden schnell aufgegeben ... 1948 erfolgte der Abschied vom Schwundgeldexperiment und die Annäherung an traditionelle kaufmännische Grundsätze.“*

Inzwischen bietet die WIR-Bank Anlagekonten mit einer Verzinsung von bis zu 7,5 %.

Das Experiment von Wörgl hätte wahrscheinlich einen ähnlichen Verlauf genommen, wenn dem nicht ein Verbot wegen Verstoß gegen das Notenbankprivileg des Staates zuvorgekommen wäre.

Auch nach diesen praktischen Erfahrungen muss sich also ein grundlegender Fehler in den Überlegungen Silvio Gesells befinden, da seine Idee selbst bei bestem Willen offensichtlich im größeren Rahmen nicht dauerhaft realisierbar war.

Der grundlegende Fehler lag darin, die eigentliche Ursache des Zinses verkannt zu haben, die in der Handelbarkeit des Geldes zu sehen ist. Mit der Erkenntnis dieser Ursache hätte er möglicherweise einen zweiten Weltkrieg verhindern, und nicht nur das jüdische Volk vor viel Leid bewahren können. Doch auch Gesell machte das Geld zu einer Ware, wenn auch zu einer zinsfreien und damit so unattraktiven Ware, dass sie dem Bedarf ebenso wenig gerecht werden konnte wie das verzinsliche Geld.

Silvio Gesell, der auch für ein Weltbürgerrecht eintrat, nahm trotz seiner Zinskritik das jüdische Volk in Schutz, das von vielen für die Finanzkrisen verantwortlich gemacht wurde. So schrieb er 1923:

„Dass die Juden das Geldwesen durchschauen und lenken lernten, erklärt sich historisch. Es sind gerade die Christen, die das ursprünglich anders orientierte Volk der Juden zum Geldhandel gezwungen haben. Im Mittelalter beanspruchten die Christen alle ehrlichen Handwerke und Berufe für sich; der schmutzige und entehrende Beruf des Geldhändlers und Wechslers (Zinsverbot) wurde einzig den Juden überlassen. Wie darf ein Christ wie Ford es ihnen zum Vorwurf machen, dass sie es darin zur Meisterschaft gebracht haben? Für uns Volk baumelt es sich übrigens gleich angenehm am jüdischen wie am christlichen Zinsgalgen. Nicht die Verruchtheit eines besonderen Volkes ist schuld an der Gegenwart, es ist die Rückständigkeit der gesellschaftlichen Ordnung, die Barbarei der ganzen Menschheit.

... Die Missetaten der Hochfinanz gliedern sich nicht in christliche und jüdische; es ist unterschiedslos der Sieg des Mammonismus über die Menschenseele. Nicht die Juden sind zu bekämpfen, sondern die Machtmittel, die in jüdischen und christlichen Händen seit Jahrtausenden namenloses Unglück anrichten. Von der Zinsbürde frei, wird die Seele den Weg zum Guten finden.“ (Sammelband 14, 400)

Um frei zu werden, muss man die Ursache der Unfreiheit kennen und überwinden. Deshalb möchte ich hier auf einen weiteren Zusammenhang aufmerksam machen: Die Juden haben die Kreuzigung von Jesus nicht zu verantworten, auch wenn ‚das Volk‘ aufgehetzt von der Priesterschaft seine Kreuzigung gefordert hat. Jesus wurde von römischen Soldaten nach römischem Recht gekreuzigt, und es wäre die Aufgabe von Pontius Pilatus als römischer Statthalter gewesen, dem Menschenrecht Geltung zu verschaffen, anstatt einen als unschuldig erkannten Menschen zur Kreuzigung

freizugeben. Bis heute leiden wir unter dem römischen ‚Recht‘, das unsere Gesetze durchzieht und einen Unschuldigen nicht vor Verurteilung bewahrt, wenn den Richtern persönliche oder politische Gründe eine Verurteilung als opportun erscheinen lassen; und bis heute ‚waschen‘ sich Richter für solche Fehlurteile ‚die Hände in Unschuld‘ - ein Hohn für die Menschenrechte, für die wir bis heute keinen effektiven Schutz haben.

Silvio Gesells Aussage über den Mammonismus ist eindeutig und nach wie vor gültig. Auch die Diagnose zur Wirtschaftskrise, die Gesell von Proudhon übernahm, stimmt sinngemäß heute noch. Proudhon fragte: Warum haben wir zu wenig Häuser, Maschinen und Schiffe? Und er gab darauf die richtige Antwort: weil das Geld den Bau nicht gestattet! Oder um seine eigenen Worte zu gebrauchen: *„weil das Geld eine Schildwache ist, die an den Eingängen der Märkte aufgestellt, die Losung hat, niemand durchzulassen. Das Geld, so meint ihr, sei ein Schlüssel des Marktes – es ist nicht wahr – das Geld ist ein Riegel.“*

Heute kann man entsprechend fragen: Warum haben wir so viele Erwerbslose und so viel Hunger in der Welt? Nicht, weil die Menschen keine Freude mehr an Arbeit hätten, sondern weil das Geld nicht da ist, um ihre Arbeit zu bezahlen! Warum haben wir heute so viele überschuldete Haushalte bis hin zum Staatshaushalt, immer weniger staatliche Dienstleistung, immer schlechtere Versorgung im Gesundheitswesen? Nicht, weil die Menschen zu anspruchsvoll geworden sind, sondern weil im herrschenden System das Geld nicht da ist, um dem Bedarf zu entsprechen.

Seinen Traum, den er mit Hilfe des Schwundgeldes zu verwirklichen hoffte, der aber erst mit dem zinsfreien Buchgeld verwirklicht wird, formulierte Silvio Gesell 1906 mit den Worten: *„Wir sind nicht mehr ein Spielball in den Händen der Kapitalisten, der Bankiers, der Spekulanten. Wir brauchen nicht mehr in fatalistischer Gottergebenheit zu warten, bis die Konjunkturen sich bessern. Wir beherrschen jetzt die Nachfrage, denn das Geld, dessen Produktion und Angebot wir in absoluter Weise kontrollieren, ist an sich die Nachfrage.“* (Sammelband 4, 125)

Es war geradezu visionär von Gesell, hier die Nachfrage als das eigentliche Geld zu bezeichnen, denn auch im zinsfreien Buchgeldsystem wird das Geld durch die Nachfrage, und nicht durch ein Angebot generiert, und auch die heutige Buchgeldschöpfung der Banken erzeugt Geld durch Kreditaufnahme, was eine Nachfrage darstellt.

Bei dem Vorschlag von Gesell sollte aber noch immer ein Amt für die Geld-Emission zuständig sein, so dass das Geld-Angebot höchstens an die Nachfrage angepasst werden konnte, nicht aber aus der Nachfrage ohne Weiteres resultierte.

In seiner *neuen Lehre vom Geld und Zins* gab er dem Geld die Schuld an der Misere: *„Das Geld schafft das Proletariat - nicht weil die Zinslasten das Volk um Hab und Gut bringen, sondern weil es das Volk gewaltsam daran hindert, sich Hab und Gut zu erschaffen.“* (Sammelband 6, 214)

Wohlgemerkt, hier ist das herrschende Geld des Kapitalismus gemeint, und nicht das Geld als solches, das primär Rechengeld ist und kein Eigenleben hat, wodurch es nur dienende Funktion haben kann.

Allein zinsfreies Rechengeld ist dienendes und bedarfsdeckendes Geld - weil es nichts anderes zu tun hat, als augenblicklich dort zu erscheinen, wo sich ein Bedarf zeigt!

Ohne volles Verständnis der aus allen möglichen Blickwinkeln überprüfbaren Natur des Geldes werden die Meinungen immer auseinander gehen und eine gerechte Wirtschaftsordnung nicht Wirklichkeit werden lassen. Ich rufe deshalb dazu auf, sich mit dem Wesen des Geldes und mit der Frage eines bedarfsgerechten Geldsystems konsequent auseinanderzusetzen. Für die Politik gibt es keine dringlichere Aufgabe!

John Maynard Keynes (1883 - 1946), Wirtschaftsprofessor aus Cambridge, war nach dem ersten Weltkrieg als Repräsentant des Britischen Finanzministeriums an den Verhandlungen über den Friedensvertrag von Versailles beteiligt, wo er sich für moderate Reparationsforderungen an Deutschland einsetzte. Seine Ansicht fand aber leider keine Mehrheit, weil die Staatsschefs ihren Wählern zuliebe ein abschreckendes Exempel an Deutschland statuieren wollten. Keynes kritisierte den Friedensvertrag noch 1919 in seinem Buch *Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages* (engl. *The Economic Consequences of the Peace*) als für Deutschland erdrückend und für alle ökonomisch widersinnig. Er trat von seinem Posten zurück und schrieb: „*Die Politik, Deutschland für eine ganze Generation in Knechtschaft zu zwingen, das Leben von Millionen Menschen zu erniedrigen, und eine ganze Nation der Freude zu berauben, sollte uns zuwider und verabscheuungswürdig sein.*“

(engl.: „*The policy of reducing Germany to servitude for a generation, of degrading the lives of millions of human beings, and of depriving a whole nation of happiness should be abhorrent and detestable.*“)

In Kapitel V/II schrieb er: „*Ich glaube, dass das Vorhaben, von Deutschland die gesamten Kriegskosten herauszupressen, eine der schwerwiegendsten politischen Torheiten war, für die unsere Staatsführung je verantwortlich zeichnete. Welch andere Zukunft hätte Europa in Aussicht gehabt, wenn entweder [der Britische Premier] Lloyd George oder [US Präsident] Wilson begriffen hätten, dass die ernstesten Probleme, die ihre Aufmerksamkeit forderten, nicht politischer oder territorialer sondern finanzieller und ökonomischer Art waren.*“

(engl.: „*I believe, that the campaign for securing out of Germany the general costs of the war was one of the most serious acts of political unwisdom for which our statesmen have ever been responsible. To what a different future Europe might have looked forward if either Mr Lloyd George or Mr Wilson had apprehended that the most serious of the problems which claimed their attention were not political or territorial but financial and economic.*“)

Mit dieser Einschätzung hatte Keynes ein hervorragendes Gespür für die Geldfrage und die Menschen bewiesen, denn die Knechtung Deutschlands in dem aufgezwungenen Friedensvertrag von Versailles wurde die Grundlage für die Entwicklung zu einem zweiten Weltkrieg.

1930 schrieb Keynes dann seine Abhandlung über das Geld und begann dieses Buch *Vom Gelde* (engl. Titel: *A Treatise on Money*) in der Übersetzung von Dr. Krämer von 1932 mit dem erstaunlichen Satz: „*Wir gehen aus von dem Begriff der Rechnungseinheit, also jener Einheit, in der Schulden, Preise und allgemeine Kaufkraft ausgedrückt werden.*“

Das war eine nicht ganz genaue Übersetzung des englischen Originaltextes, in dem dieser Satz heißt: „*MONEY-OF-ACCOUNT ... is the primary concept of a Theory of Money*“, was wörtlich übersetzt bedeutet: „Die Rechnungseinheit ist der erste Begriff einer Theorie des Geldes“, oder anders gesagt: „Die Theorie des Geldes beginnt bei der Rechnungseinheit.“

Noch auf der ersten Seite seines Buches erklärte Keynes dann aber seine Auffassung vom Unterschied zwischen Geld und Rechnungseinheit, indem er schrieb, die Rechnungseinheit sei wie der Name oder die Beschreibung, während das Geld das Ding sei, das der Beschreibung entspricht. Damit war bereits angedeutet, dass Geld für ihn nicht als Rechnungseinheit existiert, sondern als Ware, auch wenn er auf Seite 1 noch schrieb: „*Geld im eigentlichen Sinne des Wortes kann nur in Verbindung mit einer Rechnungseinheit bestehen.*“ (engl. Original: „*Money-Property in the full sense of the term can only exist in relation to a Money-of-Account.*“)

Geld kann also nicht ohne Rechnungseinheit bestehen, umgekehrt kann die Rechnungseinheit aber sehr wohl für sich selbst existieren. Deshalb stellt sich hier die Frage, ob die Rechnungseinheit nicht bereits Geld sein kann?

Der Wert des Geldes muss ja zunächst in Recheneinheiten ausgedrückt werden, damit man überhaupt von Geld sprechen kann. Welche Form das Geld dann erhält (z.B. Münzgeld, Papiergeld, Buchgeld, Verrechnungsgeld) ist in diesem Zusammenhang zweitrangig. Entscheidend ist die Zahl in Verbindung mit der gewählten Maßeinheit. Maßeinheit und Zahl ergeben zusammen die Vergleichbarkeit, mit der man sich über einen Wert verständigen kann, so dass einer Transaktion nichts im Wege steht, und darin liegt die wesentliche Aufgabe des Geldes. Die Transaktion, über die man sich geeinigt hat, kann dann vorgenommen und der entsprechende Wert kann verbucht werden. Dabei entspricht der verbuchte Wert der erfolgten Transaktion; die Buchung ist sozusagen wertmäßig an die Transaktion gekoppelt, so dass von einer Deckung des verbuchten Wertes durch die Transaktion gesprochen werden kann. So funktioniert ein einfaches Rechengeld- bzw. Buchgeldsystem, das im Fall von wechselseitigen Transaktionen auch Verrechnungssystem genannt werden kann.

Mit dem Begriff Verrechnungssystem ist aber noch nichts gesagt über Zinsen und Kreditkonditionen, so dass es völlig unterschiedliche Ausgestaltungen eines Verrechnungssystems geben kann.

Keynes, dem 1942 der Titel eines Lords verliehen wurde, war nahe dran, die Welt in ein globales Verrechnungssystem zu führen, als er als Vorsitzender der britischen Delegation in die Verhandlungen mit den USA über die Neuordnung des internationalen Währungssystems für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg eingebunden war. Diese Verhandlungen mündeten im Juli 1944 in die entscheidende Konferenz von Bretton Woods, führten aber entgegen Keynes Vorschlag zur Gründung der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds sowie zu einem System fester Wechselkurse und zu einem goldgedeckten US-Dollar (35 USD/Unze Feingold) als Leitwährung (70 % der Goldreserven lagerten in den USA).

Keynes Vorschlag für die Regelung des internationalen Zahlungsverkehrs hatte dagegen die Einrichtung einer Verrechnungsstelle mit dem Namen ‚International Clearing Union‘ vorgesehen, bei der die Zentralbanken aller Länder Konten erhalten sollten, wie die Geschäftsbanken der Länder bei ihrer jeweiligen Zentralbank ein Konto haben. Über diese Konten bei der ICU hätte der internationale Zahlungsverkehr in einer neuen, in Gold definierten Rechnungseinheit mit dem Namen Bancor abgewickelt und gegenseitiger Kredit verbucht werden können. Feste (aber anpassbare) Wechselkurse hätten die Umrechnung in die Recheneinheit bzw. das Buchgeld Bancor erleichtert.

In seinen *Collected Writings* Bd. 25, Seite 112, schrieb Keynes dazu übersetzt: „*Die Idee, die einer solchen Währungs-Union zugrunde liegt, ist einfach, nämlich, das wesentliche Prinzip der Bank, wie es sich innerhalb eines jeden geschlossenen Systems präsentiert, zu verallgemeinern. Dieses Prinzip ist die notwendige Gleichheit von Vermögen und Verbindlichkeiten. Wenn kein Kredit außerhalb des Verrechnungssystems vergeben werden kann, sondern nur innerhalb des Verrechnungssystems übertragen wird, dann kann diese Währungs-Union selbst nie in Schwierigkeiten geraten. Sie kann ohne Risiko jedes gewünschte Darlehen an ein Mitglied geben und dabei die Gewissheit haben, dass dieses Geld nur auf das Verrechnungskonto eines anderen Mitgliedes transferiert werden kann. Das einzige, worauf die Union achten muss, ist dass die Mitglieder die vereinbarten Regeln einhalten und dass Darlehen vernünftig und empfehlenswert für die Union als Ganzes verwendet werden.*“

Keynes hat hier treffend den Vorteil einer Monopolbank als geschlossenes System mit unbegrenzten Möglichkeiten beschrieben. Der Vorteil der Monopolbank besteht nämlich darin, dass sie nie in Zahlungsschwierigkeiten gerät, weil alle Zahlungen sich innerhalb der bei ihr angelegten Konten bewegen, so dass Verluste für die Monopolbank bzw. für diese Union von Kontoinhabern als Ganzes technisch ausgeschlossen sind, ganz gleich in welcher Höhe sich die Bilanzsumme und die Kreditsummen bewegen. Diesen Vorteil hätte Keynes gerne mit seinem Bancor-Verrechnungssystem bzw. seiner Währungs-Union im Rahmen zu vereinbarenden Regeln vernünftig genutzt.

Weil er wohl gleichzeitig den Banken schmeicheln wollte, hat er sich aber in der Logik seiner Argumentation vertan, wenn er schrieb, die grundlegende Idee einer solchen Währungs-Union sei die Verallgemeinerung des wesentlichen Prinzips der Bank, das er in der notwendigen Gleichheit von Vermögen und Verbindlichkeiten sah, denn diese Gleichheit ist das Prinzip der Bilanz und nicht der Bank, deren wesentliches Prinzip es vielmehr ist, Geld anzunehmen und mit Aufschlag und Rückzahlungsverpflichtung weiterzugeben. Das aber ist keineswegs charakteristisch für die Monopolbank, da diese als einzige Bank ohne Verlustmöglichkeit auf einen Zinsaufschlag verzichten kann. Insofern fehlte es Keynes Begründung für ein Internationales Verrechnungssystem an Schlüssigkeit.

Dennoch hat er mit der ICU ein reines Buchgeld- und Verrechnungssystem beschrieben, denn wo alle Zahlungen als Buchung erfolgen können, wie bei einer solchen Zentralbank der Zentralbanken, ist Bargeld nicht erforderlich.

Die Banken entwickeln sich heute von selbst immer mehr in Richtung Monopolbank, indem sie fusionieren und so viele Marktanteile wie möglich an sich ziehen und den bargeldlosen Zahlungsverkehr fördern.

Denken wir uns diesen Prozess beschleunigt, und projizieren wir ihn in die Zukunft, dann haben wir nur noch eine Bank pro Land, über die der gesamte Zahlungsverkehr dieses Landes bargeldlos abgewickelt wird, und die ihrerseits einem internationalen System der Zentralbanken angeschlossen ist, über das die internationalen Zahlungen verbucht oder abgewickelt werden können. Es bleibt jedoch ein Bankensystem, das auf den eigenen Vorteil bedacht ist und auf Geldzinsen nicht verzichtet, so dass die Abhängigkeit der Bürger durch eine solche Monopolisierung nur größer wird, was nicht im Interesse der Demokratie und der Menschenrechte ist. Die heute durch das Profitstreben erreichte Entwicklung im Bankensystem sollte deshalb als Sprungbrett in ein zinsfreies Verrechnungssystem genutzt werden, das den Anforderungen der Menschenrechte entspricht.

Da eine Monopolbank immer zahlungsfähig ist, wie sich das wohl alle Bürger für sich selbst wünschen würden, ist die entscheidende Frage, nach welchen Regeln die Teilnehmer an der unbegrenzten Zahlungsfähigkeit des Geld-Monopols teilhaben können, und diese Regeln hängen entscheidend davon ab, von welchem Geld- und Menschenrechts-Verständnis man ausgeht.

Wir sind heute angesichts der globalen Finanzkrise wieder in der Situation, das Finanzsystem überdenken zu müssen, und da empfiehlt das Gebot vorausschauender Politik, den Ursachen der Krise wirklich auf den Grund zu gehen und sich nicht mit oberflächlichen Korrekturen zu begnügen. Um den Ursachen der Krise aber auf den Grund zu gehen, müssen die Überlegungen beim Begriff des Geldes beginnen.

Das von Keynes 1942 aus der Sicht eines verschuldeten Großbritanniens vorgeschlagene Verrechnungssystem wäre ein supranationales Währungssystem ohne Dominanz einer

Währung gewesen. Es konnte sich als egalitäre Lösung in dem zugespitzten Freund-Feind-Denken einer Kriegssituation nicht gegen die Interessen der USA durchsetzen, die das größte Gläubigerland der Welt waren. Stattdessen kam auf der Konferenz von Bretton Woods der Plan des Amerikaners Harry Dexter White für einen Währungsfonds zum Zuge, der den USA die Dominanz des Finanzmarktes bewahrte.

Da die heutige Finanzkrise nicht kriegsbedingt ist, könnte es jetzt möglich sein, die Interessen aller zu berücksichtigen und damit Finanzkrisen für immer zu überwinden.

Was also war an dem Geld-Begriff bei Keynes falsch, dass er Regeln für ein Verrechnungssystem vorschlug, das allen zum Vorteil hätte gereichen können, den USA aber als nachteilig erschien?

Keynes, der 21 Jahre jünger war als Silvio Gesell und dessen Schriften kannte, hatte den selben Begriff vom Geld als Ware wie Gesell. Er schrieb in seiner *Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* auf Seite 195 f der Übersetzung:

„Im Fall einer anderen Ware als Geld mag ein mäßiger Bestand gewisse Annehmlichkeiten für Benützer der Ware bieten. Obschon aber auch ein größerer Vorrat als wertbeständige Form von Vermögen einige Anziehungskraft haben könnte, würde diese doch durch die Durchhaltekosten der Ware in der Form von Lagerungen, Schwund usw. aufgehoben werden. Nachdem also ein gewisser Punkt erreicht ist, ergibt sich somit notwendigerweise ein Verlust aus dem Halten eines größeren Bestandes.

Im Fall von Geld ist dies jedoch, wie wir gesehen haben, nicht der Fall – und zwar wegen jener Reihe von Gründen, die das Geld, nach der Ansicht der Bevölkerung, zum Inbegriff der Liquidität machen.

Jene Reformatoren, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten (engl. carrying costs, bei Gesell Hortungskosten) des Geldes ein Heilmittel gesucht haben, zum Beispiel durch das Erfordernis periodischer Abstempelungen der gesetzlichen Zahlungsmittel zu vorgeschriebenen Gebühren, sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient, erwogen zu werden.“ (orig. *General Theory*, Ausg. 1967, S. 234).

Keynes schloss sich hier der Idee künstlicher Haltekosten von Silvio Gesell an, und tatsächlich sah sein mehrfach überarbeiteter Plan einer Internationalen Verrechnungs-Union vor, dass sowohl für Schuldensalden als auch für Guthabensalden die im Jahresdurchschnitt ein Viertel der vereinbarten Quote überstiegen, eine Gebühr von 1 % an den Reserve-Fonds der ICU zu zahlen war. Zusätzlich sollte auf den die Hälfte der vereinbarten Quote übersteigenden Betrag ebenfalls 1 % an den Reserve-Fonds gezahlt werden (*Collected Writings*, Bd. 25, S. 118). Mit dieser Regelung wollte Keynes erreichen, dass die Mitgliedsstaaten nach einer ausgeglichenen internationalen Zahlungsbilanz streben, und dass Zentralbanken mit Bancor-Guthaben Kredite an Zentralbanken mit Bancor-Schulden geben, um die Zahlungsbilanzen beider Länder in Ausgleich zu bringen und so die Zahlung von Gebühren an den Reserve-Fonds der ICU zu vermeiden.

Dieser Vorschlag nutzte nicht die vollen Möglichkeiten einer Monopolstellung der ICU. Er hätte zwar zu einer besseren Zirkulation des im System vorhandenen Kapitals führen können, aber nicht ohne die im Kapitel über Silvio Gesell beschriebenen Nachteile.

Dem Wunsch nach unbegrenzter Zahlungsfähigkeit, den wohl irgendwo jeder mit Geld verbindet - zumal in einem Verrechnungssystem -, wäre man mit Keynes Regelungen nicht wirklich näher gekommen. Auch insofern war die Haltung der USA in Bretton Woods nachvollziehbar, die sich lieber ihre erreichte Vormachtstellung bewahrt haben.

Keynes wusste, dass zunächst die Frage nach der Eigenart des Geldes beantwortet werden musste, denn er schrieb im 17. Kapitel seiner *Allgemeinen Theorie der*

Beschäftigung auf S. 186 unter der Überschrift „Die wesentlichen Eigenschaften von Zins und Geld“: „*Es ist natürlich, daß wir uns fragen, worin die Eigenheit des Geldes im Gegensatz zu anderen Vermögensbeständen liegt, ob es nur das Geld ist, das einen Zinsfuß hat, und was in einer nichtgeldlichen Wirtschaft geschehen würde. Solange wir diese Frage nicht beantwortet haben, wird die volle Bedeutung unserer Theorie nicht klar sein.*“

Seine eigene Antwort auf diese Frage war dann aber unbefriedigend, denn er schrieb auf Seite 190 in Übereinstimmung mit dem vorletzten Zitat: „*Es ist ein wesentlicher Unterschied zwischen Geld und allen (oder den meisten) anderen Vermögensbeständen, daß im Fall des Geldes seine Liquiditätsprämie seine Durchhaltekosten stark übersteigt, während im Fall der anderen Vermögensbestände ihre Durchhaltekosten stark ihre Liquiditätsprämie übersteigen.*“ Und auf Seite 200 fasste er diesen Gedanken zusammen, indem er sagte, „*daß die Eigenheit ‚des Geldes‘ nur darin besteht, daß die Liquidität im Verhältnis zu den Haltekosten hoch ist.*“

Kurz gesagt war er der Meinung, das Geld zeichne sich dadurch aus, dass es eine Ware mit hoher Verfügbarkeit bei niedrigen Kosten sei, was eine fragwürdige Beschreibung des Geldes ist, zumal Keynes wie Gesell der Meinung war, dass höhere Haltekosten die Verfügbarkeit des Geldes erhöhen würden.

Entsprechend war auch seine, wie er auf Seite 200 schrieb, beste Definition einer ‚nichtgeldlichen Wirtschaft‘ eine „*Wirtschaft, in der es keine Vermögensform gibt, deren Liquiditätsprämie immer ihre Durchhaltekosten übersteigt*“, wobei er als ‚Liquiditätsprämie‘ den Betrag bezeichnete, den die Leute bereit sind, für die Verfügungsmacht zu bezahlen.

Keynes definierte also eine geldlose (eng. non-monetary) Wirtschaft in Begriffen des Geldes und sah im Geld eine Ware mit geringeren Haltekosten im Vergleich zu anderen Waren.

Diese Definitionen sind enttäuschend, nicht nur, wenn man an seine Absicht denkt, die Haltekosten für Geld durch Gebühren zu erhöhen, wodurch die Geld-Eigenschaft nach seiner eigenen Definition abnimmt, sondern auch, wenn man an den ersten Satz seiner Abhandlung über das Geld denkt, wo er geschrieben hatte, die Theorie des Geldes müsse von dem Begriff der Recheneinheit ausgehen.

Tatsächlich ist die Recheneinheit nämlich die Form des Geldes mit den niedrigsten Haltekosten und der höchsten Liquidität, da sie praktisch null Haltekosten hat und immer und überall 100 % verfügbar, also liquide ist. Insofern wäre das zinsfreie Buchgeld Keynes eigener Definition zufolge die optimale Form des Geldes. Doch um das zu erkennen, hätte er sich von dem Waren-Begriff des Geldes und dessen Zinsen lösen müssen, was die Existenz der Banken in Frage gestellt hätte und für einen Gentleman seines Standes, nebenbei ein Direktor der Bank von England, trotz Sympathie für Ideen Silvio Gesells offenbar zu viel verlangt war.

Anstatt die Zinsen in Frage zu stellen, verstieg sich Keynes in Zinstheorien. Er ordnete jeder dauerhaften Ware einen eigenen Zinsfuß zu und suchte nach dem optimalen Zins, nachdem er seine Theorie von einem natürlichen Zins auf Seite 203 seiner *Allg. Theorie* widerrufen hatte: „*Wenn es irgend einen Zinsfuß gibt, der einzigartig und bedeutsam ist, muss es der Zinsfuß sein, den wir als den neutralen Zinsfuß bezeichnen könnten, nämlich der natürliche Zinsfuß im obigen Sinne, der mit Vollbeschäftigung vereinbar ist, wenn die anderen Parameter des Systems gegeben sind; obschon dieser Zinsfuß vielleicht eher als der optimale Zinsfuß bezeichnet werden könnte.*“

Da Keynes nicht davon abrücken wollte, den Zins als notwendig anzusehen, konnte er nicht darauf kommen, dass der neutrale Zinsfuß gleich Null ist, obwohl auch er laut S. 196 wusste: *„Eine Erhöhung des Geldzinsfußes verzögert [somit] die Produktion aller Gegenstände mit einer elastischen Erzeugung, ohne die Produktion des Geldes anregen zu können (dessen Erzeugung unserer Hypothese gemäß völlig unelastisch ist).*

Indem der Geldzinsfuß das Tempo aller anderen Warenzinssätze [engl.: for all the other commodity-rates of interest] bestimmt, hält er Investition für die Erzeugung dieser anderen Waren zurück, ohne Investitionen in die Erzeugung von Geld, das unserer Hypothese gemäß nicht erzeugt werden kann, anzuregen. ...In der Abwesenheit von Geld und – müssen wir natürlich voraussetzen – in der Abwesenheit jeder anderen Ware mit den angenommenen Merkmalen von Geld, würden somit die Zinssätze das Gleichgewicht erst erreichen, wenn Vollbeschäftigung besteht.

Das heißt, Arbeitslosigkeit entwickelt sich sozusagen, weil die Leute den Mond wollen; - es ist nicht möglich, Menschen zu beschäftigen, wenn der Gegenstand ihres Verlangens (das heißt Geld) etwas ist, was nicht erzeugt werden kann, und dessen Nachfrage nicht ohne weiteres unterdrückt werden kann. Es gibt keine andere Abhilfe, als die Bevölkerung zu überzeugen, dass grüner Käse praktisch das selbe ist, und eine Fabrik für grünen Käse (das heißt eine Zentralbank) einzurichten und unter öffentliche Leitung zu stellen.“ (General Theory 1967, S. 235)

Keynes sah im Zins also ein Produktions- und Investitionshindernis. Gleichzeitig machte er fehlendes Geld für die Arbeitslosigkeit verantwortlich und sah die Abhilfe in einer Geldfabrik (ICU) und einer neuen Währung.

Er stellte auf der selben Seite fest: *„Die einzige Linderung kann von einer Zunahme in der Geldmenge kommen“*, bzw. engl: *“The only relief can come from an increase in the quantity of money“*.

Schon sein Landsmann William Shakespeare (1564 – 1616) hatte erkannt:

„Wo Geld vorangeht, sind alle Wege offen“,

und auch Prof. Heinz Sauermann (1905 – 1981), auf den die 1977 in Deutschland gegründete ‚Gesellschaft für experimentelle Wirtschaftsforschung‘ zurückgeht, wusste:

„Die Wirtschaft reicht so weit, wie das Geld reicht.“

Keynes sah die Wirtschaft aber gleichzeitig in Abhängigkeit vom Zins, der nicht imstande ist, die Produktion von Geld anzuregen, und so wird auch hier das Dilemma des Kapitalismus offensichtlich, der Geld nicht bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen vermag.

Durch den Zins auf die Ware Geld strebt der Kapitalismus nach Profit statt nach Versorgung. Da dieses Streben systembedingt ist, können auch ergänzende Maßnahmen der Politik nicht zu einer bedarfsgerechten Versorgung mit Geld führen.

Geld kann im Kapitalismus nicht ohne Weiteres durch Arbeit erzeugt werden. Die Geldmenge vergrößert sich also nicht automatisch durch Arbeit (wie das in einem zinsfreien Buchgeldsystem der Fall ist), so dass wir die Situation haben, dass nicht genügend Geld da ist, wo es gebraucht wird, um die Arbeit zu bezahlen. Darin liegt die einzige Ursache der Arbeitslosigkeit. Dem Staat entstehen Kosten und entgehen Steuereinnahmen durch Arbeitslosigkeit, aber er kann das Problem human nur durch mehr verfügbares Geld lösen. Deswegen muss das Geldsystem hinterfragt werden, dessen einzige Aufgabe es eigentlich ist, Geld bedarfsgerecht verfügbar zu machen.

Keynes schlug als Lösung die Internationale Verrechnungs-Union mit der Kunstwährung Bancor vor, die er im Zitat „grünen Käse“ genannt hat, um damit zu sagen, dass es nicht auf den Namen ankommt, sondern darauf, dass die Menschen davon überzeugt sind,

dass dieser „grüne Käse“ Geld ist. Sein Vorschlag konnte aber nicht überzeugen, weil er insgesamt keine schlüssige Theorie des Geldes vorgelegt hat.

Zum Beispiel kritisierte Keynes die klassische Schule mit ihrer Theorie des Zinsfußes, von der er auf Seite 147 seiner *Allg. Theorie* sagte: „*Was ist die klassische Theorie des Zinsfußes? Es ist etwas, worin wir alle aufgezogen wurden, und was wir bis vor kurzem ohne viel Vorbehalt angenommen haben. Und doch finde ich es schwierig, sie genau vorzutragen oder eine deutliche Darstellung von ihr in den führenden Abhandlungen der modernen klassischen Schule zu entdecken.*

Es ist jedoch immerhin klar, daß diese Überlieferung den Zinsfuß als den Faktor betrachtet hat, der die Nachfrage nach Investition und die Bereitwilligkeit zum Sparen miteinander ins Gleichgewicht bringt. Die Investition stellt die Nachfrage nach investierbaren Mitteln dar, und die Ersparnisse stellen das Angebot dar, während der Zinsfuß der Preis der investierbaren Mittel ist, zu dem die beiden ausgeglichen werden.“

Diese klassische Theorie kritisierte er dann auf Seite 152 f mit den Worten: „*Die von der klassischen Theorie angewandten Funktionen, nämlich das Verhalten der Investition und das Verhalten der aus einem gegebenen Einkommen ersparten Summe als Folge von Änderungen im Zinsfuß, liefern uns somit keinen Stoff für eine Theorie des Zinsfußes; ... Der Fehler rührt daher, den Zinsfuß als eine Belohnung für Warten als solches statt als eine Belohnung für Nichthortung zu betrachten; ... Es gibt in Wahrheit keine scharfe Grenze zwischen diesen und dem sogenannten reinen Zinsfuß, da sie alle die Belohnung für das Risiko der Unsicherheit in einer oder der anderen Form sind. Nur wenn Geld ausschließlich für die Bestreitung von Ausgaben und nie als Wertbewahrer verwendet würde, würde eine andere Theorie angebracht sein.“*

Tatsächlich belohnt der Zins mal als Sparzins die Nichtausgabe bzw. das Warten (also die Hortung), mal als Darlehenszins die Nichthortung. Insofern kann es nicht richtig sein, der klassischen Schule vorzuwerfen, sie habe den Zins als Belohnung für Warten angesehen anstatt für Nichtwarten. Ob es richtig ist, beide Zinsarten als Belohnung für das Risiko einer Unsicherheit anzusehen, wo jeder Zins letztlich von einem Darlehensnehmer (bzw. Steuerzahler) aufzubringen ist, darf hier dahingestellt bleiben, da wir von dem Zinssystem insgesamt loskommen müssen.

Der letzte Satz des Keynes-Zitates verdient hier aber besondere Aufmerksamkeit, wonach er eine andere Theorie für angebracht hält, wenn Geld ausschließlich für die Bestreitung von Ausgaben und nie als Wertbewahrer (gemeint ist die Hortung) verwendet wird. Genau das ist in einem zinsfreien Buchgeldsystem der Fall, weshalb es interessant gewesen wäre, von Keynes seine Theorie für diese von ihm offensichtlich für möglich gehaltene Situation zu erfahren.

Das zinsfreie Buchgeld, auf das Keynes leicht als Lösung der Finanzprobleme hätte kommen können, wird ausschließlich für die Bestreitung von Ausgaben verwendet. Es hat keine Wertbewahrer-Funktion, auch wenn es Kontostände füllt. Es hat keine Eigenständigkeit und kann nicht gehortet werden, da es nur dokumentiert. Es gibt im Buchgeldsystem auch keinen Geldkreislauf, dem das Geld entzogen werden könnte, weil dieses Zahlen-Geld überall unbegrenzt verfügbar ist. Es wird zwar von Konto A nach Konto B gebucht, muss aber nicht von einer begrenzten Menge weggenommen werden, um anderweitig hinzugefügt werden zu können, denn wer eine Gutschrift ausstellt, damit sie einem anderen Konto gutgeschrieben werden kann, greift auf den unbegrenzten Fundus der Zahlen zu. So kann jeder vereinbarte Wert einer Transaktion verbucht bzw. gutgeschrieben werden, und das Gezerre ums Geld hat ein Ende.

In einem solchen Gutschriftensystem gibt es keine Unsicherheit über die Zahlungsfähigkeit, weshalb es auch kein Risiko der Unsicherheit gibt, das durch Zinsen

abzugelten wäre. Insofern können wir mit einem solchen Geldsystem die Zinstheorien hinter uns lassen.

In welche Richtung sich die Geldtheorie des Kapitalismus notwendigerweise entwickelt, weil sie in einem widersprüchlichen Konstrukt nach Gesetzmäßigkeiten sucht, als handle es sich um ein natürliches System, beschreibt Keynes im Fortgang seiner Kritik der klassischen Schule auf Seite 153: *„Die klassische Schule hat somit im ersten Band, der sich mit der Werttheorie beschäftigt, eine ganz andere Theorie vertreten als im zweiten Band, der von der Geldtheorie handelt. Der Widerspruch hat sie scheinbar ungestört gelassen, und sie hat, soweit mir bekannt ist, keinen Versuch gemacht, zwischen den beiden Theorien eine Brücke zu bauen. Dies gilt für die klassische Schule im eigentlichen Sinn; denn es ist der Versuch der neo-klassischen Schule, eine Brücke zu bauen, der zum ärgsten Wirrwarr von allen geführt hat.“*

Wirrwarr und zunehmende Undurchschaubarkeit kennzeichnen die heutige Geldtheorie. Während ein natürliches System sich dadurch auszeichnet, dass es nach den Naturgesetzen aufgebaut, und infolgedessen wissenschaftlich erforschbar und logisch erklärbar ist, kann ein in sich widersprüchliches Konstrukt wie der Kapitalismus auch mit noch so vielen finanziellen Mitteln und wissenschaftlichem Eifer nie eine logische Erklärung finden, außer eben in dem Sinne, dass es in sich widersprüchlich und deshalb immer krisenanfällig ist und schnellstmöglich ersetzt werden sollte.

Der gewerbsmäßige Handel mit Geld steht im Widerspruch zur eigentlichen Funktion des Geldes als Zahlungsmittel. Das Geld an sich ist nicht weniger natürlich als eine Zahl; der gewerbsmäßige Handel mit Geld jedoch und die damit verbundenen Zinsen verstoßen gegen die Natur und die naturrechtlich begründeten Menschenrechte. Auch wenn dieser Verstoß mit der Knappheit des verfügbaren Geldes begründet ist, so kann die Geldknappheit doch nie einen Verstoß gegen die Natur- und Menschenrechte rechtfertigen.

Ein Merkmal der Natur ist ihre innere Logik; nur durch diese Logik gibt es erforschbare Naturgesetze, nur durch sie ist Erkenntnis möglich, weshalb die Natur an sich auch als göttlich bezeichnet werden kann. Das Wort ‚Logik‘ selbst ist ja aus dem griechischen Begriff ‚Logos‘ hergeleitet, von dem laut griechischem Grundtext des Neuen Testaments der Jesus-Jünger Johannes in Vers 1 seines seit 120 n.Chr. schriftlich überlieferten Evangeliums sagte: *„Im Anfang war der Logos, und der Logos war bei Gott [griechisch Theos], und Gott war der Logos.“* In diesem Sinne ist die Logik also etwas Göttliches, um nicht zu sagen: In der Logik ist das Göttliche. Da nun etwas Logik in allem ist, trifft sich dies mit der Aussage, dass Gott in allem ist, im Kleinen wie im Großen, woraus sich ein alles verbindender, wissenschaftlicher Gottesbegriff ergibt, der unbegrenzt ist, den persönlichen Gottesbegriff umfasst und nicht zu destruktiven Glaubenskriegen, sondern zu Einigkeit durch Streben nach logischer Erkenntnis führt.

Den Kapitalismus jedoch kann man im Grunde nicht einmal als System bezeichnen, weil ihm die für ein System erforderliche Logik fehlt. Man kann ihn höchstens mit Denkmodellen partiell zu erfassen suchen, die sich aber nur zufällig mit der Realität decken können. Bereits 1845 wurde deshalb von Gladstone im britischen Parlament der Satz geprägt, wonach selbst die Liebe *„nicht mehr Menschen zu Narren gemacht hat, als das Grübeln über das Wesen des Geldes“* (wie Karl Marx auf Seite 61 seiner *Kritik der politischen Ökonomie* berichtet hat).

Der Kapitalismus beinhaltet von vornherein unvereinbare Widersprüche, die jeden vernünftigen Menschen, der sich dieser Widersprüche bewusst wird, dazu veranlassen

müssten, nach einer besseren Lösung der Geldfrage zu suchen. Es ist allerdings *„schwierig, einen Menschen dazu zu bringen, eine Sache zu verstehen, wenn sein Gehalt davon abhängt, dass er sie nicht versteht“*, wie schon Upton Sinclair (1878 - 1968) treffend gesagt hat.

Die Ambivalenz des Kapitalismus scheint nur so lange nicht zu schaden, wie diejenigen, denen er schadet, nichts zu sagen haben. Diese befinden sich meist in der abhängigen Lage, die der russische Dichter Leo Tolstoi (1828 – 1910) in die Worte kleidete: *„Wer Geld in seinen Taschen hat, hat die in der Tasche, die keines besitzen.“*

Eine solche Situation ist mit den Menschenrechten unvereinbar, die beispielsweise in Art. 1 der **Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte** von 1948 besagen: *„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit [bzw. Geschwisterlichkeit, Anm. d. A.] begegnen.“*

Man kann da nicht von gleichen Rechten sprechen, wo Menschen auf Grund ihres Kontostandes unterschiedliche Rechte und Möglichkeiten haben. Infolgedessen ist auch der Anspruch auf Menschenwürde abhängig vom Kontostand, und die deutsche Fassung dieses Grundrechts in Art 3 Abs. 3 des Grundgesetzes ist ungenügend, wenn es dort nur heißt: *„Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden,“* und dieses Recht stillschweigend davon abhängig gemacht wird, dass die Betroffenen über einen ausreichenden Kontostand verfügen.

In Deutschland werden Erwerbslose seit Gerhard Schröder wieder öffentlich und unter Zustimmung einer großen Mehrheit als Faulenzer und Schmarotzer diskriminiert, um davon abzulenken, dass in Folge des technischen Fortschritts und knapper Kassen viele Erwerbsmöglichkeiten weggefallen sind, ohne ausreichend Finanzierungsmöglichkeiten für Alternativen, und die Regierung keine vernünftige Antwort auf diese Entwicklung hat. Diskriminierung und Feindbilder sind in einer solchen Situation das traditionelle Mittel sich selbst behauptender Politik aus einer Zeit, in der die Grundrechte zugegebenermaßen nicht geachtet wurden.

Wir haben in Deutschland mit der Missachtung des Sozialstaatsgedankens durch Hartz IV die Situation, dass menschenrechtswidrige Gesetze, die Millionen Bürger betreffen, von den Behörden und Gerichten durchgesetzt werden, weil sie von einer aus Mehrheitsentscheid hervorgegangenen Regierung beschlossen wurden.

Deshalb muss an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert werden, als Hitler ebenfalls durch Mehrheitsentscheid legitimiert an die Macht gekommen war, und sich sämtliche Behörden einschließlich der Gerichte an der Ausführung seiner die Menschenrechte verachtenden Diktatur beteiligt haben. Da sie für den Kadavergehorsam nie zur Rechenschaft gezogen wurden, besteht diese Tradition bis heute fort.

Obwohl Deutschland nach dem 2. Weltkrieg durch ein neues Grundgesetz einer neuerlichen Missachtung der Menschenrechte vorbeugen wollte oder sollte, müssen wir feststellen, dass dieses Grundgesetz heute weder vom Gesetzgeber, noch von den Behörden und Fachgerichten entsprechend berücksichtigt wird.

Selbst das Bundesverfassungsgericht, das ein Sicherheitsnetz für die Grundrechte sein sollte, hält sich mit Eingriffen in die Politik und in Entscheidungen anderer Gerichte möglichst lange zurück, anstatt Grundrechtsverletzungen so schnell wie möglich Einhalt zu gebieten. Dadurch wird ein Lerneffekt im Interesse des grundgesetzlich gebotenen

Schutzes der Menschenrechte regelrecht verhindert. Das Bundesverfassungsgericht trägt durch diese mit dem Gesetz nicht zu begründende Haltung zur Überlastung der Fachgerichte bei und macht sich der unterlassenen Hilfeleistung mitschuldig.

Nach wie vor wird das Demokratieverständnis in Deutschland auf den Mehrheitsentscheid beschränkt und der Politik weitgehend das Primat vor den Menschenrechten eingeräumt.

Selbst die Schweiz steht mit ihrer Volksabstimmung über ein Minarettverbot im November 09 vor der Frage, ob ein demokratischer Entscheid mehr gelten soll als die Menschenrechte.

Und es stellt sich generell die Frage, wie ein von Angst und Brotneid befallenes Volk vernünftig im Sinne der Menschenrechte entscheiden können soll, wenn der Schutz der Menschenrechte schon für eine Regierung, die knapp bei Kasse ist, offensichtlich zu viel verlangt ist?

Die Idee der Demokratie kommt vom Streben nach Freiheit, Gleichberechtigung und Mitbestimmung. Dieses Streben wurde in der Deklaration der Menschenrechte der Vereinten Nationen für alle Menschen verankert, wodurch wir heute sagen können, dass Demokratie die Achtung der Menschenrechte beinhalten muss, was ein Primat des Mehrheitsentscheids vor den Menschenrechten kategorisch ausschließt.

Ein Staat, der die Menschenrechte nicht effektiv schützt, kann keine Demokratie sein, auch wenn geheime Wahlen selbst ohne Wahlalternativen stattfinden. Eine Demokratie wird es erst, wenn die Menschen frei sind und nicht durch finanzielle Zwänge kurzfristig, erpressbar und korrumpierbar.

Art. 1 der UNO-Menschenrechtserklärung spricht vom Geist der Brüderlichkeit, in dem die Menschen sich begegnen sollen. Der Kapitalismus spaltet die Gesellschaft jedoch in jene, die Geld verzinslich anlegen können und jene, die – soweit sie überhaupt als kredit- oder vertrauenswürdig angesehen werden – Geld verzinslich aufnehmen müssen, damit die Anleger und die Geldhändler ihre Zinserträge erhalten können.

Insofern steht der Kapitalismus zwangsläufig im Widerspruch zu den Menschenrechten, was bedeutet, dass der Kapitalismus verfassungswidrig ist.

Jean Jacques Rousseau (1712 – 1778) brachte die fehlende Gleichberechtigung im Kapitalismus mit einer treffenden Beschreibung des Geldes zum Ausdruck, als er schrieb: *„Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft.“*

Das von der Grundrechtsschutz-Initiative vorgeschlagene Geldsystem in Form eines zinsfreien Gutschriftensystems garantiert im Gegensatz zum Kapitalismus die Wahrung der Menschenrechte unabhängig vom Kontostand, bei gleichzeitiger Prosperität einer umweltfreundlichen Wirtschaft, wie wir sie nie zuvor gekannt haben.

Als ‚zinsfreies Buchgeld für alle‘ wird das Geld zur Grundlage dauerhaften Friedens, wie das kapitalistische Geld durch die mit ihm zwangsläufig verbundene Missachtung der Menschenrechte die Ursache für Krieg, Terror und Revolutionen ist.

Rudolf Steiner (1861 – 1925), dessen Gesamtwerk (GA) in 354 Bänden veröffentlicht wurde, wollte das gesellschaftliche Leben in 3 selbstverwaltete Bereiche teilen: Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben, und die Finanzhoheit vom politischen Staat auf die Wirtschaft übertragen, wie ja auch Gesell die Verwaltung des Freigeldes nicht in der Hand des Staates lassen wollte.

In einem Vortrag über die Freigeld-Idee des um nur ein Jahr jüngeren Silvio Gesell sagte Steiner am 2.4.1919 laut Gesamtausgabe 329, 138: *„Wir konnten uns ... darüber verständigen, daß ja dasjenige, was eigentlich gewollt wird in der Regulierung der Währungsfrage, in der Herstellung einer absoluten Währung, einfach dann erreicht wird, wenn sachgemäß ... diese Dreiteilung durchgeführt wird, ... wenn einfach die Verwaltung der Werte, die Verwaltung des Geldes weggenommen wird vom politischen Staate und in das Wirtschaftsleben hineinversetzt wird.“*

Die Verwaltung des Geldes sollte also in die Wirtschaft verlegt werden, wobei Steiner für ein Geld eintrat, das sowohl Zins tragen, als auch ein Verfallsdatum haben, und von einem privaten Bankinstitut verwaltet werden sollte.

Steiner erklärte in diesem Vortrag sein Einverständnis mit der Freigeldbewegung und sagte über das Geld im Fortgang des obigen Zitates: *„die einzig wirkliche wahre [Währung] besteht nämlich in den Produktionsmitteln, die dann da sein werden, um Währung zu sein für das Geld. Das Geld erkennt man eben heute vollständig. ... Was ist eigentlich für den heutigen sozialen Organismus das Geld? Es ist das Mittel, um gemeinsame Wirtschaft zu führen. Stellen Sie sich nur einmal die ganze Funktion des Geldes vor. Sie besteht darinnen, daß ich einfach für dasjenige, was ich selbst arbeite, Anweisung habe auf etwas anderes, was ein anderer arbeitet. Und sobald Geld etwas anderes ist als diese Anweisung, ist es unberechtigt im sozialen Organismus. ... das muß das Geld werden! Es wird es werden, wenn alle übrigen Machinationen aufhören werden, die in die Zirkulation des Geldes hineinspielen. Denn lediglich das Geld ist der gemeinsame Index, der zu dem gemeinsamen Vergleich für die gegenseitigen Werte der Waren da ist. Das ist dasjenige, was auch durch die Art dieser Dreiteilung erreicht werden kann, und was partiell einzeln angestrebt wird von der Freiland-Freigeld-Bewegung: deshalb habe ich in einem solchen Falle gesagt: Ich bin ganz mit dieser Bewegung einverstanden.“*

Steiner sagt hier zum einen, dass das Geld für die Vergleichbarkeit der Werte der Waren da ist, zum anderen dass das Geld nicht mehr als eine Anweisung sein darf, womit er genau das Rechengeld beschreibt, ohne es so zu nennen. Eine Anweisung ist jedoch nichts anderes als ein Auftrag, eine Überweisung bzw. Gutschrift.

Seine Überlegungen hingen an dem selben Punkt wie bei Silvio Gesell. In einer Diskussion am 27.1.1919 sagte Steiner über seine Variante von Schwundgeld (zit. nach Molt): *„Das Geld macht denselben Prozeß durch wie die Ware. Einen Rock kann man in 14-15 Jahren nicht mehr anziehen. Einfach dadurch, dass das Geld den Stempel ‚1903‘ trägt, muß es 1918 in die Wertlosigkeit übergehen. Das müßte Gesetz werden. Diese vielen Konsequenzen, die sich aus der Dreiteilung ergeben, sind das Wichtige. Das Geld ist nur der Repräsentationswert für Ware.“*

Es ist nun aber ein großer Unterschied, ob man das Geld als Repräsentationswert der Ware ansieht und daraus folgert, dass es der Ware auch entsprechen muss, wenn diese nicht mehr existiert, oder ob man sagt, das Geld sei für die Vergleichbarkeit der Werte da, wie Steiner in dem Zitat zuvor gesagt hat. In dem zweiten Fall ist das Geld nämlich

Maßstab, und ein Maßstab sollte nicht vernichtet werden, bloß weil das Gut, das man damit gemessen hat, nicht mehr existiert.

Auch ist es nicht sinnvoll, eine Anweisung, als die Steiner das Geld ja definiert hat, zu vernichten. Man stelle sich vor, Anweisungen in der Geschichte der Menschheit würden im Nachhinein wie ungeschehen wegfallen, dann würden wir in einer fürchterlich chaotischen Welt leben, in der es keine Dokumentation, keine Rechenschaft und keine Verantwortung für Konsequenzen gäbe.

Mag sein, dass das jemand erstrebenswert erscheint, der die Verantwortung für sein Tun scheut. Als Modell für eine funktionierende Wirtschaft kann das aber nicht dienen.

Steiner hat mit seinem Verfall-Geld dasselbe Problem wie Gesell mit seinem Schwund-Geld, nämlich, dass es sich um eine starre Regelung handelt, die niemals der Vielfalt der verschiedenen Waren entsprechen kann. Das Geld wird in gleicher Weise verwendet für den Kauf von kurzlebigen wie von langlebigen Gütern, von Gütern, die im Wert verfallen und von Gütern, wie z.B. Kunstwerken, die im Wert steigen können, so dass nur ein völlig flexibles und direkt an die einzelne Ware gebundenes Geld denselben Prozess durchmachen könnte wie die Ware.

Dass das Verfall-Geld keine Schnaps-Idee von Steiner war, geht daraus hervor, dass er drei Jahre später in einer Diskussion mit Teilnehmern seines nationalökonomischen Seminars am 5.8.1922 diese Idee präziserte, indem er sagte: *„Daraus folgt unmittelbar, daß das Geld alt werden muss. Es handelt sich lediglich darum, auf welche Weise man das technisch ausführen kann. Und Sie würden ein allmähliches Abnutzen des Geldes auf keine andere Weise ausführen können als dadurch, daß Sie den Scheinen Coupons anhängen, die abgerissen werden müssen zu bestimmten Zeiten, und zwar von einem Amt. Dadurch würde ein sehr komplizierter bürokratischer Apparat herauskommen. Aber es handelt sich wirklich niemals darum, daß man die Abnutzung durch solche äußeren Zeichen herbeiführt, sondern daß der reale Verlauf der Dinge von selbst diese Wertigkeit bewirkt. Das geschieht, wenn Sie einfach dem Geld, allen Arten von Geld, mehr oder weniger den Wechselcharakter geben, also ich meine insofern den Wechselcharakter, als ein Endtermin da ist.“* (GA 341, 77)

Es ist schade, dass Steiner das Geld statt mit einem Wechsel nicht mit einem Verrechnungsscheck verglichen hat. Während ein Verrechnungsscheck beim Aussteller und beim Empfänger eine Verfügungsmacht über ein Konto voraussetzt, ist ein Wechsel ein kontenunabhängiges Finanzierungsinstrument und stellt lediglich ein Versprechen dar, dem man vertrauen kann oder auch nicht. Jedenfalls verfällt die mit dem Wechsel verbundene Forderung nicht am Endtermin, wovon Steiner hier ausging, sondern geht bei Nichtzahlung in den Wechselprotest. Von daher stimmt der Vergleich seines Verfallgeldes mit einem Wechsel nicht, obschon viele Wechsel tatsächlich platzen.

Nach Steiners Vorstellung sollte der reale Verlauf der Dinge die Wertigkeit des Geldes im Sinne einer Alterung bewirken. Ein Verfallsdatum kann aber nie einem Verlauf entsprechen, auch wenn die meisten Verläufe irgendwann zu einem Ende kommen. Ein Termin ist ein Fixpunkt, ein Verlauf eine Bewegung, insofern widersprechen sich die Anforderungen Steiners an das Geld. Der Verlauf der Dinge könnte die Wertigkeit nur bewirken, wenn das Geld voll an die Dinge gekoppelt wäre. Das aber ist mit einem Verfallgeld nicht möglich.

Für diese Idee eines Verfallsdatums auf Geldscheinen griff Rudolf Steiner in der selben Diskussion auf das alte Testament der Bibel zurück, wo Mose im 3. Buch, Kapitel 25, Vers 8 ff die Anweisung zur Einhaltung von Jubeljahren erhielt; danach sollte es in jedem fünfzigsten Jahr z.B. einen Versöhnungstag geben, an dem Freilassung für alle

Bewohner des Landes verkündet werden sollte; verkaufte Land sollte wieder dem Verkäufer zufallen, und jeder Israelit sollte wieder zu seinem Besitz kommen. Rudolf Steiner wollte daraus einen Schuldenerlass alle Jubeljahre machen, und Geldscheine sollten nach einem ähnlichen Zeitraum verfallen, so dass ein Geldschein während seiner Gültigkeit zwar immer dieselbe Kaufkraft gehabt hätte, mit Herannahen des Verfallsdatums hätte er aber eine abnehmende Verwertungskraft gehabt, wie Steiner das nannte.

Für die Jubeljahr-Regelung im Alten Testament kann man Verständnis aufbringen, wenn man sie als einen Gnadenakt sieht; dieses Verständnis lässt sich aber nicht auf ein Verfallsdatum für Geldscheine übertragen, ganz im Gegenteil.

Es ist also recht sonderbar, dass Rudolf Steiner in seinem nationalökonomischen Seminar auf diese Jubeljahr-Regelung zurückgriff und gleichzeitig übersah, was im selben Kapitel des Alten Testaments über den Zins geschrieben steht: *„Du darfst von deinem Bruder nicht Zins und Zuschlag nehmen, sondern sollst dich fürchten vor deinem Gott, so dass dein Bruder neben dir leben kann. Du darfst ihm also dein Geld nicht um Zins ausleihen und Lebensmittel nicht um einen Zuschlag.“* (Vers 36-37)

Steiner lehnte nur den Zinseszins ab und sprach ansonsten von einem rechtmäßigen Zins, wie beispielsweise in einer Diskussion vom 24.6.1919 laut GA 331, 190, wo er sagte: *„Wirtschaften besteht darin, daß vergangene Arbeit in künftige Leistungen hineingesteckt wird, und da nenne ich die dafür gerechte Vergütung den Zins.“*

Und in einem Vortrag vom 2.8.1922 sagte er: „Der Zins ist dasjenige, das ich bekomme, wenn ich auf die Gegenseitigkeit verzichte, wenn ich also jemand etwas leihe und ausmache mit ihm, daß er mir niemals etwas zu leihen braucht, dann, wenn ich also auf die Gegenseitigkeit verzichte, dann bezahlt er mir dafür den Zins. Der Zins ist die Ablösung geradezu für etwas, was zwischen Mensch und Mensch spielt, ist die Vergütung für dasjenige, was im volkswirtschaftlichen Prozeß als menschliche Gegenseitigkeit spielt. ... Die Arbeitsteilung macht also notwendig auf einer gewissen Stufe die Gegenseitigkeit, das heißt dasselbe im menschlichen Verkehr, was wir finden zum Beispiel beim Beleihen. Wo viel geliehen wird, da haben wir drinnen dieses Prinzip der Gegenseitigkeit, das aber nun abgelöst werden kann durch den Zins. Dann haben wir im Zins die realisierte Gegenseitigkeit. Wir haben sie nur in die abstrakte Form des Geldes verwandelt.“ (GA 340, 148)

Steiner war demnach eindeutig für das Zinsnehmen und begründete diese Haltung z.B. auch mit folgender Argumentation: *„Ich spreche allerdings von einem rechtmäßigen Zinsverhältnis. Hierbei bitte ich zu berücksichtigen, wie ich in meinem Buch vom Kapital spreche. Denn sehen Sie, es ist leicht, den Leuten etwas vorzumachen, indem man ihnen sagt: Wenn man allen Zins abschafft, dann kommt das Richtige heraus.- Es handelt sich bei allen diesen Dingen nur darum, ob man es kann. Und ich habe nur solche Dinge beschrieben, die wirklich durchgeführt werden können.“* (GA 331, 187)

Mit dem Satz „Es handelt sich ...nur darum, ob man es kann“, ließ Steiner offen, ob das Richtige dabei herauskäme, wenn man alle Zinsen abschaffen würde. Er hielt ihre Abschaffung jedenfalls nicht für durchführbar und war schon deshalb für das Zinsnehmen. Diese Rechtfertigung der Zinsen lässt einen Opportunismus bei Steiner erkennen, der leicht den Eindruck erweckt, dass ihm in puncto Zinsen die Hände gebunden waren, weil seine wichtigsten Sponsoren von den Zinsen ihres Kapitals lebten und er es sich deshalb nicht erlauben konnte, diese Geldquelle in Frage zu stellen. Das aber würde bedeuten, dass Steiner in seinen Darlegungen über das Geld wider besseres

Wissen gehandelt hat, was den Begründer der Anthroposophie von den Stiftern der Weltreligionen deutlich unterscheidet, wie aus dem nächsten Kapitel hervorgehen wird.

Gegenüber den Teilnehmern an seinem nationalökonomischen Seminar am 5.8.1922 forderte Steiner reales Denken im genau entgegengesetzten Sinn zu dem vorstehenden Zitat, denn er sagte: *„Man muß real denken, dann wird die Frage niemals so entstehen: Wie macht man das, daß das Geld sein Alter da drinnen behält? Sondern man wird sagen: Das muß geschehen – also muß einfach die Maßregel geschehen!“* (GA 341, 82).

Warum hat Steiner dieses Muss-Denken nicht auf die Zinsfrage angewendet, statt die Abschaffung der Zinsen für undurchführbar zu erklären und sich so zu widersprechen?

Auch Götz Werner, der sich zu Rudolf Steiner bekennt, antwortet heute auf die Frage nach der Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens bevorzugt in dem Sinne, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen einfach sein muss, und dass sich deshalb Wege zu seiner Finanzierung finden werden. Das mag zwar richtig sein, mit dieser Argumentation werden aber jene nicht überzeugt, die ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht für erforderlich halten und derzeit an den Hebeln der Macht sind, wo sie ihre Entscheidungen nach der Finanzierbarkeit ausrichten.

Auf das Verfall-Geld, das nicht einmal die von Gesell angestrebte Beschleunigung der Zirkulation des Geldes bewirken könnte, ist Steiners Behauptung, er habe nur solche Dinge beschrieben, die wirklich durchgeführt werden können, jedenfalls nicht anwendbar, denn ein Geld mit Verfallsdatum konnte weder zu Steiners Zeiten noch könnte es heute durchgeführt werden.

In der vorliegenden Abhandlung wird dagegen aufgezeigt, wie die Abschaffung der Zinsen tatsächlich problemlos und problemlösend durchgeführt werden kann, so dass Steiners Behauptung, die Abschaffung der Zinsen zu fordern sei unrealistisch, sich als falsch erweist. Die Abschaffung der Zinsen ist eine Notwendigkeit und muss deshalb geschehen, wie Steiner im Grunde genau wusste, denn er hatte den Schaden der Geldgeschäfte erkannt.

So sagte er in einer Diskussion vom 9.6.1920: *„Wir wollen Wirtschaftszweige betreiben und nicht uns hineinsetzen in eine Bank und nur Geldgeschäfte machen, denn Geldgeschäfte an sich sind der größte Schaden unseres Wirtschaftslebens seit dem 19. Jahrhundert und dem Beginn des 20. Jahrhunderts.“* (GA 337a, 192)

Wie schon im allerersten Steiner-Zitat gesehen, hatte dieser vom Wesen des Geldes eigentlich die richtige Auffassung, so auch wenn er 1919 schrieb: *„Das Geld wird im gesunden sozialen Organismus wirklich nur Wertmesser sein;“* (GA 23, 104, Kernpunkte der sozialen Frage), wobei die Betonung auf dem Wörtchen ‚nur‘ liegt.

Noch deutlicher sagte er es 1922 in einer Diskussion über das Geld (lt. GA 341, 83): *„Was wird denn das Geld dadurch, daß sich das realisiert, was ich sage? Dadurch wird das Geld nichts anderes, als die durch das ganze Wirtschaftsgebiet durchlaufende Buchführung.“*

Sie könnten nämlich, wenn Sie eine Riesenbuchhaltung einführen wollten, die nicht notwendig ist, dieses ganze Hin- und Hergehen des Geldes ganz gut an einer entsprechenden Stelle verbuchen. .. Was in Wirklichkeit geschieht, ist nämlich nichts anderes, als daß Sie den Posten aus der betreffenden Stelle herausreißen und dem Betreffenden den Schein geben, so daß die Buchhaltung wandert. Das Geld ist in

fluktuierendem Sinn eine Buchhaltung. Da kann ich nicht einsehen, daß es einen anderen als einen dekorativen Wert haben soll, ob man es aus dem oder jenem macht.“

„Das Geld ist in fluktuierendem Sinn eine Buchhaltung“, dieses Bild trifft in hohem Maß auf das von der Grundrechtsschutz-Initiative vorgeschlagene Buchgeldsystem zu, das im Übrigen auch die Steinersche Forderung erfüllt, nicht in der Hand des Staates zu sein, schon weil es jede staatliche Emission von Geldnoten oder Geldmünzen überflüssig macht.

Während Steiner jedoch eine Dreiteilung des Staates als Voraussetzung dafür ansah, dass die Verwaltung des Geldes auf die Wirtschaft übergehen kann, wird in dieser Abhandlung aufgezeigt, dass ein Wechsel des Geldsystems hin zu einem zinsfreien Verrechnungssystem unabhängig von einer Dreiteilung ist und bereits bewirkt, dass das Geld von der Wirtschaft passgenau geschaffen wird, wie sie es benötigt.

Ja, ich möchte behaupten, dass sich mit diesem Wechsel des Geldsystems eine spezielle Gewaltenteilung im Staate erübrigt, die unter dem herrschenden Geldsystem ohnehin nur auf dem Papier besteht, ebenso wie der Schutz der Menschenrechte vor allem auf dem Papier besteht und nicht konsequent verwirklicht werden kann, solange das Geld ein knappes Gut ist und die Menschen dadurch finanziell abhängig sind.

Im zinsfreien Buchgeldsystem hat das Geld keine Macht mehr, die Macht verteilt sich stattdessen auf die Menschen entsprechend ihren Aufgaben und Fähigkeiten, deren Entfaltung kein fehlendes Geld mehr im Wege steht.

Das Geld wird im zinsfreien Verrechnungsscheck- bzw. Gutschriftensystem von der Wirtschaft geschaffen, indem jede Transaktion wertmäßig von Rechengeld begleitet wird. Je mehr Transaktionen durchgeführt werden, umso mehr Geld steht auf den Konten, wobei das neben der Anerkennung vor allem einen Dokumentationszweck erfüllt. In einem solchen Geldsystem macht es keinen Sinn mehr, von einem Geldkreislauf zu sprechen, da das Geld kein Gegenstand mehr ist, der herumgereicht wird. Es gibt ja auch keinen Warenkreislauf, und so wie die Ware beim Endverbraucher bleibt, so bleibt die Gutschrift beim Verkäufer.

Steiner war für das Zinsnehmen, obwohl er wusste, dass das Zins-Geld zu einer Spaltung der Gesellschaft führt, wenn er am 25.10.1919 sagte: *„Wie fern steht derjenige, der mit dem Gelde wirtschaftet, denjenigen, die dafür arbeiten, daß dieses Geld seine Zinsen abwerfen kann. Es werden Klüfte aufgerissen zwischen den Menschen.“* (GA 332a, 51)

Auch den Kapitalismus sah Steiner als etwas Selbstverständliches an, wenn er am 24.6.1919 in einer Diskussion sagte: *„Kapitalismus in realem Sinn haben wir ja nicht bloß innerhalb der Menschenwelt, sondern auch in der Tierwelt. Wenn der Hamster hamstert, wenn er seinen Wintervorrat anlegt, dann ist das sein Kapital für die nächste Zeit, nur hat es die Eigenschaft, daß man es nur in der nächsten Zeit brauchen kann; sonst würde es zugrunde gehen. Und wir haben es in unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung dazu gebracht, daß wenigstens für gewisse kurze Zeiträume das Geld den Charakter aller übrigen Wirklichkeiten verloren hat.“* (GA 331, 183)

Hier hat Rudolf Steiner regelrecht ein Loblied auf das zinstragende Kapital angestimmt, gerade weil es der Wirklichkeit nicht entspricht. Das lässt den Wunsch erkennen, der Realität enthoben zu werden, so dass man allen Grund hat, den Realismus bei Steiner zu hinterfragen. Es verwundert jedenfalls nicht, dass Steiner bei einem Begriff von Kapital,

der Arbeitsertrag (also Geld von Arbeit) und Zinsertrag (also Geld von Geld) gleichstellt, kein überzeugendes Konzept für eine bessere Wirtschaftsordnung vorlegen konnte.

Wenn nicht einmal falsche Vorstellungen ein Verfallsdatum haben, dann sollte man dem Geld auch kein Verfallsdatum geben, schon gar nicht, wenn man das Geld als Buchhaltung sieht.

Das kapitalistische Dilemma, das bei Rudolf Steiner eine ganz eigene Variation erfährt, hat aber eine einfache Lösung: Geld darf nicht als Ware gehandelt werden, das heißt, es darf keine Eigenständigkeit haben! Damit wird das Zinssystem und das Bankensystem gegenstandslos, und was bleibt, ist ein Verrechnungssystem, in dem der Mensch nicht länger finanziellen Zwängen unterworfen ist, und deshalb auch nicht mehr finanziell gedemütigt werden kann.

Mit der Entscheidung, Geld nicht mehr zu handeln, wird auch die Forderung der Weltreligionen erfüllt, keine Kreditzinsen aufzuerlegen! Es ist aber unmöglich, Kreditzinsen zu streichen und Anlagezinsen beizubehalten, weil Anlagezinsen (ohne Schöpfung von neuem Geld) aus Kreditzinsen bezahlt werden, so dass die Zinsen insgesamt mit dem Geldhandel entfallen müssen.

Im **Alten Testament der Bibel** (nach der Übersetzung von Prof. Dr. Vinzenz Hamp) steht die Forderung nach Zinsfreiheit schon im 2. Buch Mose Kapitel 22 Vers 24, wo es heißt: *„Wenn du meinem Volke, einem Armen neben dir, Geld leihst, so sollst du ihm gegenüber nicht wie ein Wucherer handeln. Ihr dürft ihm keinen Zins auferlegen.“*

Und die bereits im Kapitel über Rudolf Steiner zitierte Stelle im 3. Buch Mose lautet ergänzt: *„Verarmt dein Bruder, und gerät seine Existenz neben dir ins Wanken, dann sollst du ihn unterstützen wie einen Fremdling und Beisassen, so dass er neben dir leben kann. Du darfst von ihm nicht Zins und Zuschlag nehmen, sondern sollst dich fürchten vor deinem Gott, so dass dein Bruder neben dir leben kann. Du darfst ihm also dein Geld nicht um Zins ausleihen und Lebensmittel nicht um einen Zuschlag.“*

Im Alten Testament hat jedoch auch der Kapitalismus seinen Niederschlag gefunden, wenn z.B. das Zinsverbot nur auf das eigene Volk und auf den eigenen Bruder bezogen wird, wie es dann im 5. Buch Mose Kapitel 23 Vers 20-21 unmissverständlich formuliert ist: *“Von deinem Stammesbruder darfst du keinen Zins annehmen, weder Zins für Geld noch Zins für Speisen, überhaupt keinen Zins für etwas, was man verzinsen kann. Von dem Ausländer darfst du Zinsen nehmen, aber von deinem Stammesgenossen nicht.“*

Hier kommt die Widersprüchlichkeit der Bibel zum Ausdruck, denn während im 3. Buch Mose der Fremdling noch dem Bruder gleichgestellt wurde, bzw. der Fremdling sogar noch eher unterstützt wurde, als der Bruder, wird der Ausländer im 5. Buch Mose nicht mehr als Bruder angesehen. Wer hiernach Zinsen nehmen will, darf die Menschen nicht mehr als Brüder und Schwestern verstehen. Auch deshalb wirkt das Zinssystem bzw. der Kapitalismus wie ein globaler Spaltpilz unter den Menschen.

Im **neuen Testament** findet sich bezüglich der Zinsen ein von **Jesus (0 - ? n.Chr.)** erzähltes Gleichnis, das nach Lukas 19, Vers 11-27 in der Originalübersetzung von Prof. Dr. Kürzinger von 1962 lautet:

“Ein vornehmer Mann zog in ein fernes Land, um sich die Königswürde zu erwerben und dann zurückzukommen. Er rief 10 seiner Knechte zu sich, gab ihnen 10 Minen und sagte zu ihnen: Macht Geschäfte damit, bis ich komme! Seine Mitbürger aber hassten ihn und schickten eine Gesandtschaft hinter ihm her, die erklären sollte: Wir wollen nicht, dass dieser König sei über uns. Und es geschah, als er nach Erlangung der Königswürde zurückkam, ließ er jene Knechte rufen, denen er das Geld gegeben hatte, um zu erfahren, was ein jeder an Geschäften gemacht habe. Es kam der erste und sprach: Herr, deine Mine hat 10 Minen eingebracht. Er antwortete ihm: recht so, du guter Knecht; weil du in so Geringem treu warst, sollst du Macht haben über 10 Städte. Es kam der zweite und sprach: deine Mine, Herr, hat 5 Minen getragen. Er sprach auch zu diesem: und du sollst über 5 Städte gesetzt sein. Der andere kam und sprach: Herr, hier ist deine Mine; ich hielt sie im Schweißtuch verwahrt; denn ich fürchtete dich, weil du ein harter Mann bist. Du nimmst, was du nicht eingelegt, und erntest, was du nicht gesät hast. Er sagte zu ihm: aus deinem eigenen Munde nehme ich das Urteil für dich, du böser Knecht! Du wusstest, dass ich ein harter Mann bin, dass ich nehme, was ich nicht eingelegt, und ernte, was ich nicht gesät habe. Warum gabst du mein Geld nicht auf die Bank? Ich hätte bei meiner Rückkehr es mit Zinsen abheben können. Und er sagte zu den Umstehenden: nehmt ihm die Mine und gebt sie dem, der die 10 Minen hat! Sie entgegneten ihm: Herr, der hat schon 10 Minen! Ich sage euch: jedem, der hat, wird gegeben, wer aber nicht hat, dem wird auch das, was er hat, genommen werden. Meine Feinde aber, die nicht haben wollten, dass ich König sei über sie, führt hierher und macht sie nieder vor meinen Augen.“

Nach diesem Gleichnis, in dem Jesus die grausame Natur des Kapitalismus beschreibt, der die Menschen nach ihrer Geschäftstüchtigkeit bewertet, die Reichen reicher, und die Armen ärmer macht, und seine Feinde töten lässt – so, wie wir das bis heute mehr oder weniger erleben –, zog Jesus nach Jerusalem und vertrieb dort konsequenterweise die Händler bzw. Verkäufer aus dem Tempel (Lukas 19, 45-46).

Das erst 1945 in Ägypten gefundene, und deshalb zu den Apokryphen des Neuen Testaments zählende Evangelium nach Thomas enthält im 95. Ausspruch ein klares Gebot, auf Geld keine Zinsen zu nehmen: „*Jesus sprach: Wenn ihr Geld habt, verleiht es nicht mit Zins, sondern gebt dem, von dem ihr es nicht zurückerhalten werdet.*“

Jesus ging für seine Anhänger also wesentlich weiter als das Zinsverbot des Alten Testaments, so auch wenn er nach Lukas 6, 27-35, predigte: „*Euch aber, die ihr auf mich hört, sage ich: liebt eure Feinde; ... Wenn ihr die liebt, die euch lieben, was für ein Dank steht euch zu? Denn auch die Sünder lieben jene, die sie lieben. Wenn ihr denen Gutes tut, die euch Gutes tun, was für ein Dank steht euch zu? Denn auch die Sünder tun dasselbe. Wenn ihr denen leiht, von denen ihr hofft, es wieder zu bekommen, was für ein Dank steht euch zu? Auch die Sünder leihen Sündern, um Gleiches wiederzuerhalten. Nein, liebt eure Feinde; tut Gutes und leiht, ohne etwas zurück zu erhoffen, und euer Lohn wird groß sein,*“

Diese Aussage über das Leihen ist sonnenklar; Jesus möchte, dass man leiht ohne zu erwarten, es wieder zu bekommen. Was die Geldleihe betrifft, wird diese Forderung mit einem zinsfreien Rechengeldsystem für alle praktisch erfüllt, indem ein solches Geldsystem die Geldleihe überhaupt nicht mehr erforderlich macht, weil das Geld von vorneherein allen gleichermaßen zur Verfügung steht. Jesus stellte also mit seinem Gebot, zu leihen ohne die Rückgabe zu erwarten, keine utopische Forderung auf, sondern sagte, dass jedem zukommen soll, was er benötigt. Das aber ist nichts anderes als die Umsetzung des Menschenrechts auf Leben und bedeutet so viel wie: fördern aller ohne zu fordern!

Es ist offensichtlich, dass wir im Hinblick auf die Einstellung zu Geld und Zins keine Anhänger von Christus in der Regierung der BRD haben, obwohl zwei Parteien das Wort ‚christlich‘ groß in ihrem Namen führen. Aus der Tatsache aber, dass beide Parteien es für erforderlich halten, das Wort ‚christlich‘ zu ergänzen um den Begriff ‚sozial‘ oder ‚demokratisch‘, ist zu ersehen, dass sie einen Begriff von ‚christlich‘ haben, der weder sozial noch demokratisch ist. Eine solche Auffassung von ‚christlich‘ kann sich leider auch auf das Neue Testament berufen, da die Textsammlung unterschiedlichster Autoren, Übersetzer und Kommentatoren, die man die christliche Bibel nennt, ja als Herrschaftsinstrument der Kirche dient und zu diesem Zweck ihren Bedürfnissen angepasst ist. So wurde beispielsweise auch das zitierte Gleichnis vom Kapitalismus in Lukas 19 unauffällig angepasst: die Person des vom Volk gehassten Kapitalisten, der sich im Ausland die Königswürde erwirbt (bzw. kauft), um über das Volk zu herrschen, das ihn nicht haben möchte, weil er für seine Härte bekannt ist, wurde glorifiziert (z.B. heißt es bei Luther: „*Ein Edler zog ferne in ein Land, daß er ein Reich einnahme und dann wiederkäme* ..), so dass man zumindest mit Scheuklappen die Person Jesu in ihn hineininterpretieren kann. Dazuhin wurde die Bezeichnung ‚Mine‘ für das damalige Geld in ‚Pfund‘ geändert, ein Begriff, den man mehrdeutig interpretieren kann, so dass schließlich der populäre Ratschlag dabei heraus kam, man solle ‚mit seinen Pfunden wuchern‘, ein Rat, der das genaue Gegenteil besagt von dem, was Jesus beabsichtigt hat. Bei solcher ‚Übersetzung‘ wurde versucht, die Worte des Kapitalisten: „Wer da hat, dem wird gegeben werden; von dem, aber, der nicht hat, wird auch das genommen

werden, was er hat“, Jesus in den Mund zu legen und ihn zu einem Propagandisten des Zinsnehmens umzudeuten.

Das ‚Gleichnis vom Kapitalismus‘, wie ich es nenne, passt beispielsweise auch auf die heute verbreitete Praxis bei Firmenübernahmen, wo von der Belegschaft wegen ihrer Rücksichtslosigkeit abgelehnte Manager die Firma übernehmen und gnadenlos alle entlassen, die ihnen nicht genug Ertrag bringen.

Dieses Gleichnis wird zudem bevorzugt nicht in der Variante von Lukas, sondern in der Variante von Matthäus 25, 14-30 wiedergegeben, der wohl gleich von ‚Talenten‘ statt von ‚Minen‘ gesprochen hat. Obwohl Vers 27 auch bei Matthäus eindeutig zum Ausdruck bringt, dass sich das Gleichnis auf den Umgang mit Geld und dessen verzinsliche Anlage bezieht (*„du hättest daher mein Geld anlegen sollen bei den Bankleuten, und ich wäre gekommen und hätte das Meine mit Zinsen abheben können.“*), wird das Gleichnis von den Zins-Befürwortern gerne auf das Talent des Einzelnen umgedeutet (Vers 15: *„Einem gab er fünf Talente, dem andern zwei, dem dritten ein einziges, jedem nach seiner Fähigkeit“*). Nach diesem ‚Gleichnis von den anvertrauten Talenten‘ wird die Verantwortung für das eigene Schicksal dem Bürger in die Schuhe geschoben, der es selbst in der Hand hätte, mit seinen Talenten, die nun als Geistesgaben oder Charaktereigenschaften, und nicht als Geld interpretiert werden, richtig umzugehen, um auch reich zu werden. Aus dieser Interpretation resultiert dann schnell die Auffassung, dass Reichtum ein Zeichen von Gottgefälligkeit sei, mit der Folge, dass man dem Reichen huldigt und den Armen für seine Lage selbst verantwortlich macht. Das ist eine Grundeinstellung heutiger Regierungspolitik, die beispielsweise in der Diskriminierung von Millionen Erwerbslosen zum Ausdruck kommt.

Man kann eine diskriminierende Haltung gegenüber Erwerbslosen natürlich haben, wie man unreflektiert jede Einstellung haben kann. Man kann sich aber für eine solche Haltung weder auf die Vernunft, noch auf Jesus von Nazareth berufen, der sagte: *„Wer dich bittet, dem gib, und wer von dir borgen will, den weise nicht ab.“* (Matthäus 5, 42) Das zinsfreie Gutschriftensystem erfüllt diese Forderung, da in diesem Geldsystem niemand eine Kreditbewilligung benötigt; vielmehr kann jeder erhalten, was er braucht, soweit das Gewünschte verfügbar ist.

Auch sollte bei der Verehrung des Reichtums bedacht werden, was Jesus nach Markus 10, Vers 24-25 sagte: *„Wie schwer ist es doch, daß solche, die auf Reichtum bauen, in das Reich Gottes eingehen! Leichter ist es, daß ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als daß ein Reicher in das Reich Gottes eingeht.“* Der Kapitalismus baut aber auf Bereicherung bzw. auf Reichtum, und die Anhänger des Kapitalismus, die sich hinter einem Labyrinth von Widersprüchen verstecken, sollten sich nur einmal ernsthaft um eine schlüssige Argumentation bemühen, dann würden sie auf die Unhaltbarkeit ihrer Einstellung kommen, anstatt den Wirrwarr der Widersprüche immer weiter zu treiben, weil sie sich von falschen Prämissen, bzw. Vorurteilen nicht verabschieden wollen.

Ohne nachzudenken werden sie auch aus dem letztgenannten Bibelzitat folgern, dass sie allen Grund haben, sich auf die Schultern zu klopfen, weil sie den Armen ja geradezu einen Gefallen tun, wenn sie dafür sorgen, dass diesen die Armut erhalten bleibt.

Das nennt man dann die Verdrehung oder Perversion der christlichen Religion, die dazu führt, dass das Geld regiert, und die Reichen den Segen der Kirche haben, obwohl Jesus eindeutig gesagt hat: *„Ihr könnt nicht Gott und dem Mammon dienen.“* (Matthäus 6, 24) und weiter: *„Was ihr getan habt einem von diesen meinen geringsten Brüdern, habt ihr mir getan.“* (Matthäus 25, 40).

Der **Koran** (in der Übersetzung von Rudi Paret, 1979) enthält in Sure 2, Vers 136, ein Bekenntnis zum selben Gott wie Juden und Christen, wenn es dort heißt: *„Wir glauben an Gott und an das, was als Offenbarung zu uns, und was zu Abraham, Ismael, Isaak, Jakob und zu den Stämmen Israels herabgesandt worden ist, und was Mose und Jesus und die Propheten von ihrem Herrn erhalten haben, ohne dass wir bei einem von ihnen den anderen gegenüber einen Unterschied machen. Ihm sind wir ergeben.“*

Es erstaunt deshalb nicht, dass auch im Koran ein deutliches Zinsverbot ausgesprochen wurde, so in Sure 2, Vers 275: *„Diejenigen, die Zins nehmen, werden dereinst nicht anders dastehen als wie einer, der vom Satan erfasst und geschlagen ist. Dies wird ihre Strafe dafür sein, dass sie sagen: 'Kaufgeschäfte und Zinsleihe sind ein und dasselbe'. Aber Gott hat nun einmal das Kaufgeschäft erlaubt und die Zinsleihe verboten.“*

Es ist nicht schwer, hieraus zu lesen, dass der Handel mit Geld, der zum Zinsnehmen führt, verboten wird, während der Handel mit Waren erlaubt ist. Durch diese Unterscheidung hat **Mohammed (570 – 632)** schon im 7. Jh. n. Chr. darauf hingewirkt, das Dilemma des Kapitalismus zu vermeiden. Als ein Resultat davon kann man die vergleichsweise hohe Solidarität unter seinen Anhängern sehen.

In Sure 2 Vers 278 heißt es zudem: *„Ihr Gläubigen, fürchtet Gott und lasst künftig das Zinsnehmen, wenn ihr gläubig seid! Wenn ihr es nicht tut, dann sei euch Krieg angesagt von Gott und seinem Gesandten. Wenn ihr euch jedoch bekehrt und auf weiteres Zinsnehmen verzichtet, steht euch euer ausgeliehenes Kapital als Eigentum zu, so dass weder ihr Unrecht tut noch euch Unrecht getan wird.“*

In Vers 280 heißt es dann weiter: *„Und wenn unter den Schuldnern, die Kapital zurückzahlen müssen, einer ist, der sich in Bedrängnis befindet, dann sei ihm Aufschub gewährt, bis er Erleichterung gefunden hat. Es ist aber besser für euch, ihr gebt dem, der in Bedrängnis ist, Almosen, indem ihr auf die Rückzahlung überhaupt verzichtet.“*

Es gibt in Bezug auf das Geld also eine große Übereinstimmung zwischen Mohammed und Jesus, da beide empfehlen, auf die Rückzahlung von Darlehen ganz zu verzichten.

Wie soll so etwas funktionieren, wird mancher fragen. Tatsächlich kann man sich im herrschenden Bankensystem, von dem die heutige Wirtschaft abhängig ist, nicht vorstellen, auf die Rückzahlung von Darlehen zu verzichten. Und doch gibt es Schuldenerlässe beispielsweise für Länder der Dritten Welt, wenn deren Schulden so hoch geworden sind, dass schon allein die Zinsbelastung erdrückend ist, und die Wirtschaft sich deshalb nicht mehr entfalten kann. Der Unsinn einer Rückzahlungsforderung wird aber nur dann offensichtlich, wenn die Vernichtung des Schuldners keine Option ist. Während die Vernichtung eines überschuldeten Landes meist nicht in Frage kommt, weil sie mehr Probleme verursachen als lösen würde, ist die Vernichtung einzelner Schuldner im Kapitalismus sehr wohl eine Option, die zu der heutigen Finanzkrise geführt hat.

Der Kapitalismus mit seinen Zinsen kann nicht anders, als den Erfolg der einen auf der Belastung der anderen aufzubauen. Deshalb muss er in Frage gestellt werden.

Um hier auch aus der Geschichte zu lernen, sollten wir kurz einen Blick auf die Zeit nach dem 1. Weltkrieg werfen: Am 28.6.1919 wurde der sog. Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet, in welchem Artikel 231 besagt: *„Die verbündeten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Angehörigen infolge des Krieges, der*

ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Nachdem Deutschland damit für die Schäden verantwortlich erklärt worden war, wurde im nächsten Artikel anerkannt, dass Deutschland nicht die Mittel für eine vollständige Wiedergutmachung hatte. Deshalb wurde eine Wiedergutmachungskommission gebildet, die die Höhe der wiedergutzumachenden Schuld feststellen sollte, die neben einer Wiedergutmachung in Naturalleistungen (z.B. innerhalb von 3 Monaten an Frankreich 500 Hengste, 30000 Fohlen und Stuten, 2000 Stiere, 90000 Milchkühe, 1000 Widder, 100000 Schafe und 10000 Ziegen, und an Belgien 200 Hengste, 5000 Stuten, 5000 Fohlen, 2000 Stiere, 50000 Milchkühe, 40000 Färsen, 200 Widder, 200000 Schafe und 15000 Mutterschweine) zu bezahlen war.

Im Mittelpunkt sämtlicher internationaler Konferenzen stand dann bis zur Wirtschaftskrise 1930 die Frage der Reparationszahlungen Deutschlands. Diese wurden 1920 festgesetzt, aber bereits 1921 auf einer Konferenz in Paris auf 269 Milliarden Goldmark herabgesetzt, zahlbar in 42 Jahresraten. Weil diese Raten nicht erbracht werden konnten, wurde die Schuld noch 1921 in einem Londoner Ultimatum auf 132 Milliarden Goldmark herabgesetzt, mit der Drohung, dass das Ruhrgebiet besetzt werde, wenn nicht innerhalb von 25 Tagen 1 Milliarde Goldmark gezahlt werde. 1923 marschierten die Franzosen dann tatsächlich ins Ruhrgebiet ein, weil Deutschland seinen auferlegten Lieferungen nicht nachkam. 1924 wurde von einer internationalen Kommission ein neuer Reparationszahlungsplan ausgearbeitet (Dawes-Plan), wonach Deutschland bis 1928 jährlich 5,4 Milliarden in der zur Eindämmung der Inflation inzwischen eingeführten Rentenmark zahlen sollte, danach 2,5 Milliarden jährlich. Um die erste Rate zahlen zu können, erhielt Deutschland ein Darlehen von 800 Millionen Goldmark. Der Dawes-Plan wurde 1930 ersetzt durch den sog. Young-Plan, wonach Deutschland innerhalb von 59 Jahren noch 34,5 Milliarden Goldmark zahlen sollte. Mit der ausbrechenden Wirtschaftskrise in fast allen Ländern Europas hatte dieser Plan aber keine Bedeutung mehr, und 1932 sollte Deutschland zur Beendigung des Reparationsproblems noch 3 Milliarden Reichsmark zahlen. Wie viel an Reparationen Deutschland für den 1. Weltkrieg wirklich gezahlt hat, ist umstritten. Nach deutscher Berechnung sind es 53 Mrd, nach Berechnung der Alliierten ca. 20 Mrd Goldmark. Jedenfalls steht fest, dass Deutschland mehr Geld an ausländischen, vornehmlich amerikanischen Anleihen erhalten hat als an Reparationen bezahlt worden sind (dtv-Atlas zur Weltgeschichte).

Ähnliche Erfahrungen wie hier mit Deutschland - das sich heute zu Unrecht darüber beklagt, Nettozahler der EU zu sein - haben viele mit zahlungsunfähigen Schuldnern gemacht. Die Forderung kann noch so berechtigt sein, eine Zahlung lässt sich von keinem erzwingen, der finanziell am Boden liegt, schon gar nicht mit rechtsstaatlichen Mitteln. Was also tun? In der Verzweiflung ist man versucht, Gewalt anzuwenden, doch mit kühlem Kopf wird man einsehen, dass ein toter Schuldner noch weniger eine Wiedergutmachung leisten kann. Es bleibt also nichts anderes übrig als dafür zu sorgen, dass der Schuldner wieder auf die Beine kommt und sich wirtschaftlich entfaltet.

Daraus ist zu ersehen, dass wir im Grunde alle auf Zusammenarbeit angewiesen sind, und das bedeutet, dass wir uns gegenseitig fördern statt bekriegen sollten.

Wenn Jesus und Mohammed im Umgang der Menschen untereinander gefordert haben, dass sie auf die Rückzahlung von Darlehen verzichten, so bedeutet das für heute auf Staatsebene übertragen, dass sie ein Geldsystem gefordert haben, das Darlehen vergeben kann, ohne auf die Rückzahlung angewiesen zu sein. Kein Geldhändler kann aber auf Dauer auf die verzinste Rückzahlung von Darlehen verzichten, weil kein Finanzgeschäft auf Dauer ohne Gewinn auskommen kann, ohne die eigene Existenz zu

gefährden. Die Forderung von Jesus und Mohammed kann auf Staatsebene also nur mit einem Geldsystem erfüllt werden, das ohne Finanzgeschäft auskommt, und das kann nur ein zinsfreies Rechengeldsystem sein. In einem solchen Geldsystem wird das Geld nicht durch Angebot, sondern durch Nachfrage generiert.

Ein Rechengeldsystem ist von vorneherein ein auf Zusammenarbeit ausgerichtetes Geldsystem. Es erleichtert sowohl die Entfaltung des Einzelnen als auch die Kooperation mit anderen, im Gegensatz zu einem Geldsystem, das die Menschen gegeneinander ausspielt, wie der Kapitalismus das tut. Ein auf Kooperation programmiertes Geldsystem wird überall dort mit dem nötigen Geld zur Stelle sein, nicht wo ein Profit winkt, sondern wo ein Bedarf sich ergibt, alles andere wäre eine unzureichende Förderung.

Die Wirtschaftskrise von 1929 - 1933 kam aus den USA nach Europa, weil die amerikanischen Kredite für Europa aufgrund eigenen Bedarfs ausblieben und flüssiges Kapital fehlte. Die Preise fielen, Arbeitslosigkeit und Bankenzusammenbrüche waren die Folge, ähnlich wie das heute wieder der Fall ist.

Es lohnt sich also, die Frage nach einem bedarfsgerechten Geldsystem zu stellen.

Der Koran, der dafür gesorgt hat, dass die islamischen Banken weit weniger von der Finanzkrise betroffen sind, als die nicht nach der Scharia arbeitenden Banken, sagt zum Umgang mit Geld in Sure 2, Vers 177, Folgendes: *„Die Frömmigkeit besteht nicht darin, dass ihr euch beim Gebet mit dem Gesicht nach Osten oder Westen wendet. Sie besteht vielmehr darin, dass man an Gott, den jüngsten Tag, die Engel, die Schrift und die Propheten glaubt und sein Geld – mag es einem noch so lieb sein – den Verwandten, den Waisen, den Armen, dem, der unterwegs ist, den Bettlern und für den Loskauf von Sklaven hergibt, das Gebet verrichtet und die Almosensteuer bezahlt.“*

Und bereits in Vers 261 heißt es: *„Diejenigen, die ihr Vermögen um Gottes willen spenden, sind einem Saatkorn zu vergleichen, das sieben Ähren aus sich wachsen lässt, mit hundert Körnern in jeder Ähre.“*

Während die islamische Welt am Zinsverbot bis heute festhält, haben Juden und ‚Christen‘ schon lange vom Zinsverbot Abstand genommen. Vor allem Johannes Calvin (1509 – 1564) hat mit seiner ‚protestantischen Ethik‘ dafür gesorgt, dass das Zinsnehmen ausdrücklich erlaubt wurde, was für das Aufkommen des modernen Kapitalismus von entscheidender Bedeutung war.

Man kann in der Tatsache, dass die islamische Religion am Zinsverbot festhält, während die christliche Religion es verworfen hat, die Hauptursache für die verbreitet unversöhnliche Haltung der kapitalistischen Welt gegenüber dem Islam sehen.

Doch wie sieht das islamische Geldwesen ohne Zinsen aus?

Da der Prophet das Kaufgeschäft erlaubt, und das Zinsgeschäft verboten hat, vergeben korantreue Banken keinen Kredit auf Zins, sondern kaufen für ihren Kunden das, was dieser benötigt und verkaufen es ihm in Raten und mit moderatem Preisaufschlag. So machen sie aus einer verbotenen Zinsleihe ein erlaubtes Kaufgeschäft, bzw. eine Beteiligung. Der Kunde kauft also kein Geld, sondern eine Ware von seiner Bank und bezahlt in vereinbarten Raten, die bis zur Eigentumsübertragung auf seinen Besitzanteil angerechnet werden. Ein Nachteil besteht darin, dass die Banken sehr genau prüfen, mit wem sie eine solche Beteiligung eingehen und mit wem nicht. Diese Vorsicht bei der Bonitätsprüfung, die dadurch verstärkt wird, dass das islamische Recht fordert, dass Schulden immer durch Vermögen gedeckt sind, und es verbietet, unkalkulierbare Risiken

einzugehen, ist der Deckung des Geldbedarfs einer Wirtschaft aber nicht förderlich, weshalb die entsprechenden Länder sich nur langsam entfalten, wenn ihnen nicht ein Reichtum an Bodenschätzen zu Hilfe kommt.

Maß und Anstand jedenfalls kann das islamische Finanzwesen für sich beanspruchen. Dadurch entgeht es der Krise. Es bleibt aber ein Bankensystem, das als solches nicht im Stande ist, auf die Ratenzahlungen seiner Kunden zu verzichten, wie Jesus und Mohammed sich das vorgestellt haben. *„Man bekommt kein Totengebet, bevor die Schulden nicht bezahlt sind“*, sagt Michael Gassner vom Zentralrat der Muslime in Deutschland. Insofern ist auch im islamischen Finanzwesen das Geld ein Riegel und nicht ein Schlüssel des Marktes, wie Proudhon es nannte.

Es ist die Hauptaufgabe des Geldes, Wirtschafts-Transaktionen zu ermöglichen, wo Natural-Tausch nicht oder nur schwer möglich ist, und für eine bedarfsgerechte Kapitalisierung zu sorgen. Diese Aufgabe kann auch das islamische Bankwesen, das die Zinsen nur umgeht, nicht zur Genüge erfüllen.

Buddha (560 – 480 v. Chr.) sagte in einem Gleichnis vom Kaufmann in einer Lehrrede aus der Angereichten Sammlung I, 110: *„Ein Kaufmann, bei dem drei Bedingungen anzutreffen sind, erlangt in gar nicht langer Zeit Reichtum und Überfluß an Schätzen. Welche drei Bedingungen? Da besitzt der Kaufmann Scharfblick, ist rührig und findet Hilfe. ... Wie aber findet der Kaufmann Hilfe? Da wissen reiche, hochbegüterte, hochvermögende Hausleute ... von jenem Kaufmann also: ‚Dieser Kaufmann besitzt Scharfblick, ist rührig und ist imstande, Weib und Kind zu ernähren und uns von Zeit zu Zeit Zinsen zu zahlen.‘ Die bieten ihm dann Geld an mit den Worten: ‚Erwirb dir nun, lieber Kaufmann, Besitz, ernähre Weib und Kind und zahle uns von Zeit zu Zeit zurück.‘ So findet der Kaufmann Hilfe.“*

Damit sagte Buddha 500 Jahre vor Christus,

1. dass ein rühriger Kaufmann Hilfe in Form von Geld benötigt, um Erfolg haben zu können
2. dass dieses Geld von vermögenden Privatleuten kommen muss, nicht von Banken
3. dass dieses Geld so großzügig bemessen sein muss, dass der Kaufmann seine Familie davon ernähren kann und
4. dass auf dieses nicht gewerbliche Darlehen keine feste Rückzahlungsverpflichtung bestehen darf, sondern dass es im Vertrauen darauf gegeben wird, dass der Kaufmann von Zeit zu Zeit dem Darlehensgeber nach seinem Vermögenszuwachs etwas bezahlt.

Dieses Gleichnis besagt mit anderen Worten, dass Kaufleute (bzw. die Wirtschaft insgesamt) dann Erfolg haben können, wenn man sie als vertrauenswürdig ansieht und finanziell großzügig fördert, ohne zu fordern.

Das entspricht etwa der Unterstützung, die Deutschland nach dem 2. Weltkrieg durch ‚den reichen Onkel aus Amerika‘ erfahren hat, um das Wirtschaftswunder der 50er Jahre zu erleben, anstatt auf den nächsten Weltkrieg zuzusteuern, wie nach dem ersten.

Die deutsche Politik ist heute weit von solcher Weisheit entfernt. Es fehlt nicht nur das Geld, es fehlt auch das Vertrauen in die Bevölkerung, die mit immer mehr Kontrollen und Verdächtigungen überzogen wird. Großzügigkeit gibt es nur noch gegenüber den Banken, die als systemtragend angesehen werden. Die Menschen aber sind nicht systemtragend; sie scheinen der Politik ein lästiges Übel zu sein, das es zu betäuben gilt. Erst wenn sich die Menschen Gehör verschaffen, und sei es, indem sie in nicht zu übersehender Zahl auf die Straße gehen, werden die Menschen für die Politik relevant.

Zur Überwindung der Armut, zur Förderung der Menschenrechte und des sozialen Friedens sowie zur optimalen wirtschaftlichen und kulturellen Entfaltung der Bevölkerung möge das Parlament die Einführung eines neuen Geldsystems beschließen und dazu folgenden Artikel in das Grundgesetz aufnehmen:

Das Geldsystem des Landes besteht aus einem zinsfreien Buchgeldsystem. Jede natürliche und juristische Person hat Anspruch auf Konten bei einer unabhängig auf Datenschutz kontrollierten Verrechnungsstelle, über die alle sie betreffenden Zahlungen abgewickelt werden können. Die staatlichen Organe sind Teilnehmer wie jeder andere. Die Geld-Emission erübrigt sich ebenso wie die Erhebung von Steuern. Das Geld wird nicht mehr durch Angebot, sondern durch Nachfrage generiert. Das Verrechnungssystem dient der Wertermittlung und Übersicht über die Volkswirtschaft. Jede Person hat das Recht auf Vertrauen und kann das Buchgeldsystem im Rahmen demokratisch bestimmter Regeln unbegrenzt für eigene Zahlungen in Anspruch nehmen. Diese Vertrauenswürdigkeit kann nur bei erwiesenem Verstoß gegen das Allgemeinwohl eingeschränkt werden. Alle Gesetze des Landes sind diesem Geldsystem anzupassen.

Das Grundrecht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 des Grundgesetzes) beinhaltet ein bislang verkanntes Grundrecht auf Vertrauen. Wer ein Grundrecht auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat, dem muss das Vertrauen entgegengebracht werden, dass seine Entfaltung im Sinne des Allgemeinwohles ist. Vertrauen aber bedeutet auch Kreditwürdigkeit, weshalb das Grundrecht auf Leben untrennbar mit Kreditwürdigkeit verbunden sein müsste. Jeder Mensch ist von Natur und Geburt aus als vertrauenswürdig anzusehen, und nicht erst aufgrund eines Vermögens. Eine solche, den Grundrechten angemessene Kreditwürdigkeit ist im bisherigen Geldsystem aber nicht zu verwirklichen. Das Geld ist bislang ein knappes Gut, dessen Vergabe von den Interessen der Geldbesitzer bestimmt wird und Sicherheitsleistungen erfordert, die verhindern, dass das Geld dort bedarfsgerecht zur Verfügung steht, wo es am dringendsten benötigt wird.

Im bisherigen System hat das Geld drei konstitutive Funktionen: Zahlungsmittel, Wertaufbewahrungsmittel und Recheneinheit. Das neue Geldsystem nimmt dem Geld die materielle Form als Wertaufbewahrungsmittel und macht die Recheneinheit bzw. das zinsfreie Buchgeld zum allgemeinen Zahlungsmittel.

Wie heute schon im bargeldlosen Zahlungsverkehr wird im Buchgeldsystem das gesamte Geld reine Zahl. Damit ist das Geld an keine äußere Form mehr gebunden und erfüllt so die Zahlfunktion am besten. Die Frage der Finanzierbarkeit stellt sich nicht mehr, und die Diktatur der leeren Kassen gehört der Vergangenheit an.

Im bisherigen System beherrscht das Geld die Welt; nicht das Volk, sondern wer das Geld hat, hat das Sagen. Dies führt zu einer zunehmenden Kluft zwischen arm und reich, und die finanziell abhängige Politik ist hilflos. Im zinsfreien Buchgeldsystem gibt es keine Abhängigkeit mehr vom Geld. Es dient vielmehr den Menschen, damit das Grundrecht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlichkeit verwirklicht werden kann.

Auch wenn das Geld in reiner Zahlenform unbegrenzt zur Verfügung steht, bedeutet dies keine inflationäre Geldvermehrung, da das Geld im Buchgeldsystem an die Produktion bzw. Tätigkeit gekoppelt ist. Es wird ähnlich wie die Luft zum Atmen nur nach Bedarf in Anspruch genommen. Jeder kann erwerben was er benötigt, sofern die entsprechende Leistung angeboten wird. Doch auch wenn eine benötigte Leistung nicht angeboten wird, ist das ein im Vergleich zu heute geringes Problem, da finanziell die Möglichkeit besteht, alles was man im Einklang mit dem Allgemeinwohl für nötig oder wünschenswert hält, zu schaffen. Engpässe werden nicht mehr vom Geld bestimmt, sondern ergeben sich nur noch durch die begrenzte Verfügbarkeit von Ressourcen und Arbeitskräften; diese gewinnen an Wert. Steigende Preise sprechen für steigende Wertschätzung und führen nur bei sinkender Kaufkraft zu einem Problem. Durch den unbegrenzten Zugang zum Buchgeldsystem ist die Kaufkraft jedoch praktisch mit den Preisen gekoppelt. Es gibt keinen Grund mehr, schlechte Qualität zu produzieren, da es niemand nötig hat, diese nachzufragen. Der Wettbewerb wird sich deshalb um die bessere Qualität bemühen, was der Gesundheit von Mensch und Natur zugute kommt.

Weder die Beschaffung des Geldes noch dessen Aufbewahrung ist mit Aufwand verbunden, so dass das Geld keine Kosten mehr verursacht, und es keinen Grund für Zinsen mehr gibt. Inlandsbanken und Versicherungen werden überflüssig, ebenso die Finanz- Arbeits- und Sozialämter; sie machen kulturstiftender Arbeit Platz.

Technisch realisierbar geworden ist dieses System mit der Entwicklung der bargeldlosen Zahlungssysteme, die heute eine elektronische Zahlung per Chip, Karte oder Telefon möglich machen. Insofern geht es technisch nur noch darum, den problemlosen Zugang zu diesem Bezahlssystem für alle sicher zu stellen. Jeder behält bei der Umstellung auf das neue Geldsystem was er besitzt, finanziell bedingter Kriminalität entzieht es den Boden, Inlandsschulden werden den Gläubigern gutgeschrieben, die Recheneinheit bleibt wie sie ist, und den Menschen wird die Freiheit gegeben, sich ihrer Lebensaufgabe zu widmen. Kurz: dieses Buchgeldsystem verwirklicht die Chancengleichheit und macht wirkliche Demokratie und Wohlstand für alle erst möglich.

Quelle: www.grundrechtsschutzinitiative.de ([Petition für ein neues Geldsystem](#))